

TOLERANZ
IM GRENZLAND

Seite

<i>Jens Nydahl</i> Toleranz	51
<i>Theodor Wilhelm</i> Konstruktive Toleranz	54
<i>Johannes Schmidt-Wodder</i> Unser Programm.....	66
<i>Detlef Hansen</i> Barthold Georg Niebuhr	75

DOKUMENTE

Die Bonner Erklärungen vom 28./29. März 1955.....	95
---	----

Umschau ab Seite 101

THEODOR WILHELM, *Dr. phil., Dr. jur.*; geb. 1906 in Eßlingen/Neckar; *historisches, philologisches und juristisches Studium*; 1930 *Studienassessor in Württemberg*; 1932 *Referent beim Deutschen Akademischen Austauschdienst Berlin*; 1937 *Dozent an der Hochschule für Lehrerbildung Oldenburg i. O.*; seit 1951 *Professor für Erziehungswissenschaft an der Pädagogischen Hochschule Flensburg-Mürwik*; *Verfasser der unter dem Schriftstellernamen Friedrich Oetinger erschienenen Werke „Wendepunkt der politischen Erziehung“ (1951), „Partnerschaft“ (1953) und „Freiheit die ich meine“ (1955).*

Die Grenzfriedenshefte erscheinen etwa vierteljährlich und werden herausgegeben vom Grenzfriedensbund (Bund für deutsche Friedenarbeit im Grenzlande) – Den Mitgliedern werden sie frei geliefert, anderen Beziehern für 2,- DM im Jahr – Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser allein verantwortlich - Geschäftsstelle: Husum, Theodor-Storm-Straße 9 – Alle Anfragen nach dorthin erbeten – Druck: Christian Wolff, Graphische Betriebe GmbH., Flensburg

GRENZ- FRIEDENS- HEFTE

ALS NEUE FOLGE
DER BRIEFE

Toleranz ...

Wenn wir diesmal ein Heft herausgeben zur Klärung der Frage der Toleranz und dazu nicht nur grundsätzliche Betrachtungen bringen, ist es uns im wesentlichen darum zu tun, die Linie zu vertiefen, die der Grenzfriedensbund von Anfang an verfolgt hat.

Die Notwendigkeit, eine besondere Organisation zu schaffen, ergab sich aus der oft unbesonnenen Reaktion, die das Anwachsen der dänischen Stimmen in Südschleswig verursachte. Wir waren überzeugt, daß weder durch negative Maßnahmen der Unterdrückung noch durch moralische Diskriminierung der einzelnen Neudänen die volkliche Ordnung wiederhergestellt werden könne, sondern daß geeignete Maßnahmen sich nur aus der Besinnung auf letzte Ursachen ergeben könnten, die nicht zum mindesten beim deutschen Volke selbst zu suchen seien und nur aus dem verständnisvollen Nachspüren der Veranlassungen, die den einzelnen Menschen aus dem Gleis gebracht hatten.

Wir haben im Anfang für diese Einstellung bei den bis dahin in der deutschen Grenzarbeit stehenden Kreisen wenig Verständnis gefunden, trotzdem aber den Mut gehabt, alle die um uns zu sammeln, die von der Notwendigkeit nationaler Toleranz

im Grenzgebiet überzeugt sind.

Toleranz bedeutet für uns vor allem die Anerkennung der Tatsache, daß beide hier vertretenen Volkstümer auf dem Schleswigschen Boden Heimatrecht haben und daß jeder jederzeit das Recht hat auf nationale Selbstbestimmung.

Die schleswigsche Bevölkerung hat seit einem Jahrtausend die Möglichkeit gehabt, sich dem einen Volk oder dem anderen einzufügen und ist auf dem Gebiet des Nationalen in unberechenbaren Spaltungen auseinandergegangen. In manchen Gebieten fanden Dörfer und Städte geschlossen ihren Weg, in anderen schlängeln sich die nationalen Grenzen nicht nur zwischen Familien, Sippen, sozialen Schichten und Berufen hindurch, sondern zwischen Mann und Frau, Bruder und Schwester, Eltern und Kindern, schwankend nicht nur zu den verschiedenen Zeiten, sondern oft auch in den Seelen der einzelnen Menschen.

Das sind Vorgänge, die sich nicht nach Prinzipien ordnen lassen und deren letzte Begründungen sich dem rationalen Begreifen entziehen, glücklicherweise aber selten zur Zerstörung übergeordneter Gemeinschaften in Wirtschaft, Gesellschaft und Nachbarschaft führten.

Aus der Irrationalität der Verhältnisse aber erwächst die Forderung nach Ehrfurcht vor der Entscheidung und vor der nationalen Haltung des einzelnen, nach Ehrfurcht, die Voraussetzung aller Toleranz ist. Wo freilich die nationale Umbesinnung zum Deckmantel moralischer Unzulänglichkeit wird und die Idee Aushängeschild für nackten Egoismus, würde Toleranz zur Billigung charakterlicher Minderwertigkeit werden. Aber wer will über jeden Einzelfall ein sicheres Urteil fällen? Wer unfehlbar ist, der werfe den ersten Stein!

Wir wissen, daß nackte Not unzählige, die wir dem deutschen Volk fest eingefügt wählten, auf die andere Seite gedrängt hat, und haben von Anfang an betont, daß wir uns besonders derjenigen annehmen wollen, die aus wirtschaftlichen Gründen in ihrem deutschen Volksgefühl unsicher geworden sind, oder in denen es infolge sozialer Beiseiteschiebung nicht hat wachsen können. Toleranz verlangt, daß man diesen Gründen Beachtung schenkt und Maßnahmen trifft zur Sicherung des Daseins derer, die im Schatten des Lebens stehen.

Wir wissen auch, daß mancher aus Ursachen hinüber ging, die mit Nation nichts zu tun haben, aber dort etwas fand, was er weder gesucht noch vermißt hatte, das seinem Leben aber neuen Inhalt gab. Die alle umfassende „Volklichkeit“, die das dänische Leben charakterisiert und auch den einfachen Mann mit Wärme dem Ganzen einfügt, ist von einer werbenden Kraft, die manchen hält, der nicht aus Überzeugung handelte. In den guten Dörfern unseres Mittelrückens finden wir in deutschen Gemeinden noch dasselbe, früher auch in manchen Klein- und Mittelstädten. Im Zeitalter der

Industrialisierung ist dies Gemeinschaftsgefühl weithin verlorengegangen. In manchen Gegenden hat es nie aufkommen können. Wenn wir der Auflösung unseres Volkes Einhalt gebieten wollen, muß das Bewußtsein der Verbundenheit und der gegenseitigen Verantwortung wieder geweckt werden. Mit Befriedigung dürfen wir feststellen, daß aus der Partnerschaft zwischen Werk und Gewerkschaften etwas im Wachsen ist, das den Forderungen der neuen Zeit entsprechen kann.

Unsere Arbeit ist bewußt eingestellt auf die Forderungen der Gegenwart. Wenn wir auch die Werte einer gewachsenen Tradition nicht verkennen, müssen wir doch die Auffassung vertreten, daß der Mensch das Vorrecht vor der Geschichte hat. Die laufende Arbeit ist darauf eingestellt, eine planvolle Gestaltung der Grenzarbeit für die Zukunft vorzubereiten. – Verständnis zu wecken für Recht und Freiheit der Menschen nördlich und südlich der Grenze veranlaßte uns, mit Vertretern aus Dänemark auf zwei Tagungen über grenzpolitische Probleme ins Gespräch zu kommen. Die Diskussion hat in vielen Punkten zu einer Annäherung geführt und darf daher als positiv bewertet werden. Wie wir vor kurzem erfuhren, dürfen wir mit einer Gegeneinladung rechnen und uns damit der Hoffnung hingeben, daß die begonnene fruchtbare Diskussion dem Gedanken der Toleranz dienlich sein wird.

Dies alles zu fördern, hat der Grenzfriedensbund sich zur Aufgabe gestellt und glaubt dadurch mehr zur Befriedung des Grenzlandes zu tun, als Gesetze und Traktate es vermögen. Der Grenzfriedensbund begrüßt es aber mit besonderer Freude, daß nun auf höchster Ebene der Bundeskanzler und der dänische Staatsminister in ihren Erklärungen zum Ausdruck gebracht haben, daß auch die hinter den Grenzlandbewohnern stehenden Völker alle sich von dort andrängenden Probleme in Frieden und Freundschaft zu einem guten Ende führen wollen.

Wir sehen in den Erklärungen von Bonn, die die dänische Minderheit von der Bindung an die Fünf-Prozent-Klausel und die deutsche von der Schulexamensperre befreit, eine Bestätigung und Stärkung der Richtung, die der Grenzfriedensbund von Anfang an verfolgt hat. Wir freuen uns, daß der Bundestag für unsere Bestrebungen größeres Verständnis gezeigt hat als der Schleswig-Holsteinische Landtag, den wir vor seiner entscheidenden Sitzung im Juni vorigen Jahres in einem Telegramm um eine faire Ordnung der Klauselfrage gebeten hatten.

Die jüngsten Ereignisse sollen uns eine Ermunterung sein, unsere Bemühungen um aufrichtige Toleranz fortzusetzen.

Jens Nydahl

Konstruktive Toleranz

Der folgende Beitrag ist die nachträgliche Niederschrift einer 1952 an der Pädagogischen Hochschule Flensburg-Mürwik gehaltenen öffentlichen Vorlesung

Als Werner Fink 1948 in Berlin seine Partei der „Radikalen Mitte“ gründete, stand auf einem der Spruchbänder, die den Saal zierten: „Wir fordern Aufrüstung der Toleranz!“ Die Anwesenden schmunzelten. Es schmunzelten die Zufriedenen, denn sie lasen aus der humorigen Formel eine Bestätigung dessen heraus, was das Leben für sie wieder lebenswert machte: das Ende einer Politik des Zwanges, der Machtbesessenheit, der Siedehitze, die Weite der wiedergewonnenen Geistesfreiheit, das große Aufschnauften, das durch alle ging, denen die Zeit der Intoleranz das Atmen schwer gemacht hatte. Es schmunzelten aber auch die Kritiker und Skeptiker, denn sie fanden durch die Forderung der Toleranz bestätigt, was sie von allem Anfang an gegen die neue Demokratie einzuwenden hatten: daß auch ihr wieder wie schon einmal in der deutschen Geschichte mit dem Geiste der Toleranz Schwäche und Wehrlosigkeit in die Wiege gelegt seien. Nur wenige mochten sich auf dem Heimweg Gedanken darüber machen, ob nicht die Weisheit des Komikers hier den Nagel auf den Kopf getroffen habe: daß nämlich in Deutschland heute alles darauf ankomme, die Toleranz zu „bewaffnen“, sie aus einer Haltung uninteressierter Wursthaftigkeit in eine Haltung konstruktiver Verantwortlichkeit zu verwandeln.

Die Frage, ob Toleranz in der einen oder in der anderen Gestalt in unserem öffentlichen Leben Wurzel schlagen wird, ist heute so offen wie jemals. Für die einen ist Erziehung zur Toleranz die Patentlösung der politischen Bildung der Nachkriegszeit; die anderen fragen verzweifelt, wie man junge Menschen für etwas begeistern wolle, was sich entweder nur negativ beschreiben lasse oder aber – positiv – auf lauter höchst unjugendliche Tugenden wie Geduld, Reife, Selbstlosigkeit, Überlegung usw. hinauslaufe. Wahrhaftig, ihre Verzweiflung ist verständlich. Die deutsche Geistesgeschichte zeigt (mit wenigen Ausnahmen, von denen noch zu reden sein wird) die Toleranz von einer nicht sehr verlockenden Seite. Der schulmeisterliche Katechismus, den Lessing im „Nathan“ exerziert, ist nicht dazu angetan, junge Menschen für Toleranz zu erwärmen. Schopenhauer hat von der „breiigen“ Toleranz gesprochen. Für Hitler war sie die Religion der Schwächlinge. Und ein gut Teil der Schlappen, welche die westlichen Politiker seit 1943 gegenüber dem Osten erlitten

haben, müssen, so scheint es, auf das Konto westlicher Toleranz verbucht werden. Andererseits sind wir heute einem fortgesetzten Druck sowjetischer *und* amerikanischer Intoleranz ausgesetzt. Von dieser Tradition und diesen Erfahrungen haben wir auszugehen, wenn wir fragen, ob die Toleranz für unsere heutige Volkserziehung ein brauchbarer Leitstern ist, oder ob wir gut tun, sie aus dem Zusammenhang der demokratischen Ideologie zu streichen und durch ein zugkräftigeres politisches und pädagogisches Ideal zu ersetzen.

I.

Die Toleranzidee ist in Europa zuerst auf dem religiösen Gebiet emporgeblüht. Glaubenszwang und Ketzerverfolgung bilden ihren dunklen Hintergrund. Die religiöse Intoleranz ist nicht auf eine bestimmte Konfession beschränkt gewesen. Die mittelalterliche Kirche konnte aus ihrem Wesen heraus nicht tolerant sein, denn sie begriff sich als das sichtbare Reich Gottes mit den aus dem Jenseits stammenden göttlichen Kräften, die im Diesseits unter Papst und Bischöfen rechtlich geordnet sind. Als alleinige Inhaberin der fertigen Wahrheit hatte sie Anspruch an jeden Menschen auf der Welt. Und da sie das Verderben keines einzigen verantworten konnte, mußte sie Widerspenstige zum Glauben zwingen. Der Staat hatte die Kirche dabei zu unterstützen. Mit dem Ketzer durfte kein Christenkind verkehren. Die weltliche Gewalt hatte darüber zu wachen. „Die christlichen Staaten haben zur Erleichterung dieser Überwachungsaufgabe für Ketzer die Strafe der Verbrennung eingeführt“ (H. Hermelink). Die Reformatoren wollen Dissidenten zwar nicht wegen ihres *Unglaubens* bestrafen, aber sie tun es ohne Bedenken wegen der Verführung *anderer* zum Unglauben und wegen Aufruhr und Gotteslästerung. Die Calvinisten verbrennen Servet auf Calvins Drängen, und Melanchthon billigt das Verfahren. Selbst ein Mann von so undogmatischer Frömmigkeit wie der Kirchenlieddichter Paul Gerhardt wollte lieber auf sein Berliner Pfarramt verzichten als zugeben, daß auch ein Calvinist selig werden könne. Erst spät – und zuerst in England – ist etwas von der Erkenntnis zu spüren, daß Protestantismus und Toleranz innerlich zusammengehören. Seit dem Act of Toleration, der 1689 die englischen Revolutionen abschloß, wurde derjenige, der sich erlaubte „*anderer Meinung zu sein*“, wenigstens nicht mehr totgeschlagen oder zur Emigration gezwungen. Dem Kampf, den die Aufklärung gegen die religiöse Intoleranz führte, blieb noch genug zu tun.

Aber nicht die Wucht dieses Stoßes der Aufklärung ist für die Tradition des Toleranzgedankens entscheidend geworden, sondern seine Motivierung. Es wird heute kaum mehr bestritten, daß die treibende Kraft der im 17. und 18. Jahrhundert heraufdämmernden Toleranz nicht religiöse Reife war, sondern politische und

wirtschaftliche *Staatsraison*. Nicht überlegene, undogmatische Frömmigkeit bahnt der Toleranz in Europa den Weg, sondern religiöse Indifferenz. Die mittelalterliche Welt zerfällt. Der Staat emanzipiert sich. Sein Vorteil regiert. „Paris ist durchaus eine Messe wert“ lautet der Leitsatz der aufgeklärten religiösen Toleranz. Dieser Heinrich IV. hat es offen ausgesprochen, daß dem Staat ein Vorteil erwachse, wenn er die beiden Kirchen gegeneinander ausspiele und im Gleichgewicht halte. Max Weber hat die merkantilistischen Motive des Vorgangs unterstrichen: zahlreiche Städte, Grundherren und Potentaten haben die Andersgläubigen freudig begrüßt als schätzenswerte Träger des wirtschaftlichen Fortschritts. Gewiß ist das Bedürfnis nach selbständiger Vernunftüberzeugung gegen Autoritätsglauben, die Betonung der natürlichen Religion und des Allgemeinmenschlichen überall mit im Spiel; aber es geht Hand in Hand mit der Vergleichgültigung in Glaubensdingen. Es ist religiöse Toleranz aus religiöser Gleichgültigkeit, und sie bahnt weniger einer neuen, freien, vom formulierten Glauben unabhängigen Religiosität den Weg, als der Macht des Staates. Wir sind „aus dem Regen der religiösen Intoleranz in die Traufe der politischen Intoleranz“ geraten (Sternberger).

Dieser Vorgang – Toleranz als Folge von Indifferenz – hat sich auf einer anderen Ebene zweihundert Jahre später wiederholt. Es gibt seit es in Deutschland einen bürgerlichen Patriotismus gibt, bei uns jene Schicht von Gebildeten, die sich ihrer Toleranz rühmen – ganz zu Unrecht, denn sie sind höchst intolerant, sobald es sich um abweichende Meinungen in Fragen des Geistes und der Kultur handelt. Es ist in Wahrheit *politische Trägheit*, und sie geht auf Gleichgültigkeit gegenüber dem Politischen zurück. Es lohnt sich, auch dabei einen Augenblick zu verweilen. Das Rückgrat dieser Haltung ist das Bewußtsein der Geborgenheit im sicheren Port der Bildung, die man sich als einen individuellen Besitz vorstellt, dessen man durch das Bürgerrecht im Reiche der Kultur teilhaftig wird. Von dieser hohen Warte aus erscheint das irdische Gewühl unwichtig. Man kann – so meint man – darauf verzichten, sich in das politische Handgemenge zu begeben, weil die „eigentliche“ und „wesentliche“ Formung der Persönlichkeit in einer anderen Dimension stattfindet, nämlich in einer Weise der Annäherung an die reine Wahrheit im Sinne des Fichteschen Absolutismus. Aus solcher Sicht toleriert man die politischen Gegner, weil die ganze Ebene des Politischen und Sozialen für das „Eigentliche“ gleichgültig sei. Man mag einwenden, dieser Bildungsdünkel und die mit ihm verbundene typische politische Trägheit des deutschen Bürgertums sei heute überwunden. Aber woher kommt das bürgerliche Pathos der Toleranz seit 1945? Es ist mit größter Vorsicht zu genießen. Steckt hinter diesem Nachkriegspathos der Toleranz bei genauem Zusehen nicht eben doch der Wunsch, die Insel des seligen Bildungsreichs zu restaurieren, zu der man am sichersten gelangt, indem man sich aus

den menschlichen – politischen, sozialen, wirtschaftlichen – Dingen *heraushält*?

Es ist eine ziemlich trübe Quelle, aus der der Toleranzgedanke bei uns floß und fließt. Die beiden dargestellten geschichtlichen Erscheinungsformen (Toleranz aus Staatsraison und Toleranz aus Bildungsdünkel) sind jedenfalls nicht dazu angetan, hungrige und brennende jugendliche Gemüter für die Idee der Toleranz zu gewinnen. Ist Toleranz ihrem Wesen nach Gleichgültigkeit, dann ist sie ein ungeeignetes Gefäß, um diejenige Kraft aufzufangen, die der deutschen Nachkriegsdemokratie vor allem nützt: die Leidenschaft für die Freiheit.

II.

Dann ist also Gott vielleicht doch mehr mit der *Intoleranz*? Bei der Intoleranz ist jedenfalls persönliche Leidenschaft im Spiel. Darüber gibt es keinen Zweifel. Alle Akte der Intoleranz sind von leidenschaftlichen Gefühlen getragen: vom Bannfluch bis zum Bildersturm, vom gesellschaftlichen Boykott bis zur Synagogenverbrennung, von der Ausstoßung Spinozas aus der jüdischen Gemeinde in Amsterdam („Er sei verflucht bei Tag und Nacht, verflucht wenn er schläft und aufsteht, verflucht bei seinem Ausgang und Eingang!“) bis zu den Unmenschlichkeiten von Hitlers „Gesamtlösung“ – Leidenschaft des Glaubens und des Wahrheitseifers. Philipp II. von Spanien, der ein frommer und glühender Katholik gewesen ist, fragte sich in seiner Sterbestunde, ob nicht manche Rückschläge gegen Ende seines Lebens darauf beruhten, daß er nicht genug Ketzer verbrannt habe. Alle Intoleranz zu allen Zeiten hatte das eine für sich, daß die Intoleranten gegenüber den Menschen und Dingen um sie nicht gleichgültig waren, sondern mit Erregung an der Mitwelt teilgenommen und sich „hundertprozentig eingesetzt“ haben.

Aber auch die Quelle dieses intoleranten „Einsatzes“ ist trüb. Denn Intoleranz ist fast immer *fanatisch*, und es ergibt sich alsbald die Frage, ob echte Wahrheitsliebe und Fanatismus sich im Grunde nicht ausschließen.

Wie steht es um die intolerante Leidenschaft für die Wahrheit? Sehen wir uns (einer Darstellung von Dolf Sternberger folgend) einen großen Intoleranten genauer an. Es ist jener Ravailac, der am 14. Mai 1610 den französischen König Heinrich IV., den Urheber des Toleranzedikts von Nantes, den Helden aller späteren fortschrittlichen Geschichtsschreibung, auf der Straße durch zwei Dolchstöße ermordet hat. Was ist das für ein Mensch, der aus Leidenschaft für die Wahrheit der Kirche denjenigen König aus der Welt schafft, der aus politischen Erwägungen die Glaubensdinge so leicht nahm? Er hat sich sechs Wochen im Kloster aufgehalten und ist dann ausgestoßen worden, wegen merkwürdiger, unkontrollierbarer Visionen von Feuer und Schwefelgestank, die er selbst als göttlichen Auftrag zur Verbrennung der Ketzer

deutete. Er versteht seine Mission zunächst so, daß er den König *überreden* müsse, den Triumph der Kirche selbst herbeizuführen und die Ketzer zu vernichten. Aber er wird nicht vorgelassen, und als er versucht, die königliche Karosse auf der Straße anzuhalten, treiben ihn die Diener mit der Peitsche weg. Jetzt verkehrt sich ihm die Bedeutung seiner Vision ins Gegenteil: der König will nicht hören, also ist er das Hindernis und muß fallen. An genau derselben Stelle, wo er mit der Peitsche vertrieben worden war, führt er einige Wochen später den Mord aus. Zur willkürlichen Deutung einer unappetitlichen Vision kommt also die Reaktion der Rache. Und den letzten Anstoß gibt ein Gerücht, das er von irgendwelchen Soldaten gehört hat, Heinrich bereite einen Krieg gegen den Papst vor. Die persönlichen Verhältnisse runden das Bild ab: ohne eigentlichen Beruf, unverheiratet, ein Einzelgänger und Außenseiter, zerrüttete Verhältnisse im Elternhaus, Armut, Häßlichkeit und mit allem verbunden ein schillernder Ehrgeiz zu höherer Berufung. Vision, Rache, Gerücht, Halbbildung, Ehrgeiz – das alles ist uns auch aus der jüngsten Geschichte der deutschen Intoleranz vertraut. Hier handelt zwar einer aus Leidenschaft, aber nicht aus Leidenschaft für die *Wahrheit*, sondern aus fanatischer Getriebenheit. Dieser Ravillac ist nicht aus Wahrheitsliebe intolerant, sondern aus Mangel an innerer Ordnung. Und so wie im Falle dieses einen Intoleranten, der in die Geschichte einging, werden sehr viele Erscheinungen der Intoleranz nicht auf das Konto „edler Motive“ „im Dienste der Wahrheit“ gesetzt werden dürfen, sondern aus der düsteren Tiefe eines unkontrollierten, gejagten Fanatismus fließen.

Dabei dürfen wir nun freilich nicht stehenbleiben. Zweifellos gibt es auch eine Unduldsamkeit, die tief im Gewissen wurzelt, in jenem innersten Bereich, wo uns niemand mehr die Verantwortung abnimmt und wir frei mit unserer Schuld allein dastehen. Müssen wir, wenn uns die gewissenhafte Prüfung unsere innersten Überzeugungen als unumstößlich wahr bekundet, *müssen* wir dann nicht intolerant sein gegen alles, was diese Wahrheit gefährdet? Darauf hat höchst eindringlich Sören Kierkegaard geantwortet. „Hat der Mensch das Recht, sich für die Wahrheit totschiagen zu lassen?“ fragt der große Däne und überlegene Verteidiger des Menschlichen gegen die Systematik. Es ist die Umkehrung der Frage, die uns unmittelbar interessiert: Hat der Mensch das Recht, im Namen der Wahrheit andere totzuschlagen – oder am Ende auch nur mundtot zu machen? Darf ein Mensch um der Wahrheit willen des Mordes schuldig werden oder andere eines Mordes schuldig werden lassen? „Gibt mir meine Pflicht gegen die *Wahrheit* dieses Recht, oder gebietet mir meine Pflicht gegen die *Mitmenschen* lieber etwas nachzugeben?“ Beschwörend argumentiert Kierkegaard: „Wenn die Alternative darin besteht: entweder etwas nachzugeben oder andere des Mordes schuldig werden zu lassen, welche Schuld ist dann die größere? In dem einen

Fall besteht sie darin, daß der Mensch durch das Nachgeben das Wahre, das er verstanden hat, der Zeit anpaßt, indem er es etwas modifiziert. Das wäre von einem Menschen, der im absoluten Besitz der Wahrheit wäre, absolut nicht zu verantworten, also eine unendliche Schuld. Wer die Wahrheit *ist*, kann nicht das geringste Zugeständnis machen. Aber kein Mensch unterscheidet sich so von den anderen Menschen, daß er die Wahrheit wäre. Läßt sich einer totschlagen, so tut er's eigentlich gar nicht für die Wahrheit, sondern vielmehr für etwas Unwahres: „Das Unwahre liegt darin, daß, wer so kämpft, nur an sich selbst denkt, nicht in Liebe auch an die anderen.“ Das heißt also, in unsere Sprache übertragen: Wenn wir einen Menschen um der Wahrheit willen totschlagen, dann maßen wir uns die Rolle des Christus an, denn nur er *war* die Wahrheit. Als Menschen haben wir kein Recht, uns derart über andere zu erheben. Wir müssen vielmehr die Wahrheiten, von denen wir durchdrungen sind, auf menschliche Weise gegeneinander aushalten. Alles andere ist ein Übergriff in die Rechte Gottes.

Das ist der allein tragfähige Untergrund für eine brauchbare Toleranzvorstellung: Tolerant sein heißt, es aushalten, daß wir nur Menschen sind und nicht Gott. Wer intolerant ist, hat nicht begriffen, daß göttliche Wahrheit unter uns niemals in reinen Bildern Gestalt wird. Intoleranz also ist Flucht aus der Bedingtheit unseres menschlichen Daseins – ein Ausweichen in transzendente Wertbereiche. Tolerant dagegen sind wir dann, wenn wir uns dem Gegner *stellen*, wenn wir uns auf die Dinge einlassen, wenn wir unsere Wahrheiten *exponieren*. Toleranz gehört auf die Seite der tapferen Lebensführung, die Mut erfordert; Intoleranz ist das Ergebnis eines Kurzschlusses, ein durch die Mißachtung der menschlichen Grenzen herbeigeführter Unfall.

III.

Gott ist also doch mit den Toleranten. Denn bei der Toleranz geht es offenbar darum, unser menschliches Bemühen um Wahrheit (und das heißt, praktisch gesprochen, um eine *gute Lösung*) sowohl von Fanatismus als auch von Ausflüchten ins „Unmenschliche“ freizuhalten. Der Akzent der Toleranz liegt auf dem *Bemühen*. Sie ist nicht Knochenerweichung, sondern *Kraft*.

Das ist eine entscheidende Erkenntnis. Denn der deutsche Staatsbürger kommt sich meist um so toleranter vor, je verschlafener er ist. Er leitet aus der Idee der Toleranz die Berechtigung her, den Dingen um ihn ihren Lauf zu lassen. Solange wir uns durch den Aufruf zur Toleranz nicht in unserer *Aktivität* angesprochen fühlen, ist sie eine unbrauchbare Vokabel der politischen Bildung der Gegenwart. Die Aufrüstung, deren die Toleranz bedarf, besteht darin, daß wir uns den Grundbestand *aktiven Bemühens*

zum Bewußtsein bringen müssen, der ihr Wesen ausmacht. Sie setzt kraftvolle Herzen voraus, keine lahmen. Sie ist nicht verschlafen, sondern scharfäugig (Gerstenmeier). Wir haben oben behauptet, daß die deutsche Geistesgeschichte als vordergründige Qualität der Toleranz die passive Gleichgültigkeit hervortreten lasse. Das, sagten wir, ist das Bleigewicht einer bösen Tradition, das uns am Bein hängt und die Belebung des Toleranzgedankens heute so sehr erschwert. Jetzt gilt es jene seltenen Momente aufzuspüren, wo Toleranz als echte, dynamische, auf Bestätigung und Veränderung drängende konstruktive Kraft in Erscheinung getreten ist. Diese Lichtblicke fehlen glücklicherweise nicht ganz, weder auf religiösem noch auf politischem Gebiet.

Von echter *religiöser* Toleranz, die nicht im Dienste der Staatsmacht steht, ist z. B. die ökumenische Bewegung getragen. Das trifft auch auf ihre frühesten Anfänge schon zu. Man hat neuerdings darauf hingewiesen, daß selbst eine noch so stark an lutherische Orthodoxie gebundene Gestalt des 17. Jahrhunderts wie Ludwig von Seckendorf sich mit einer rein religiösen Begründung um die Überwindung des intoleranten Konfessionalismus bemüht hat. Die Spaltung der Christenheit wurde von ihm als unchristlich empfunden. „Es ging ihm nicht eigentlich um den Sieg *einer* Konfession und auch nicht um die Befreiung *aller* Konfessionen von dogmatischen Bindungen (worauf die Aufklärung zielte), sondern es ging ihm um die für alle Konfessionen *verbindliche* Aufgabe einer christlichen Überwindung des unchristlichen Zustands des Schismas durch gemeinsame Anstrengung in Glauben, Liebe und Gebet“ (Festschrift für Gerhard Ritter, Seite 271). Und man denkt an Leibniz, der aus tief religiöser Gläubigkeit an die Harmonie der Welt sagen konnte: „Ich billige fast alles, was ich lese“. Die Spuren von echter religiöser Toleranz, die nicht auf Gleichgültigkeit zurückgeht, sondern aus dem Glauben stammt, sind zwar spärlich, aber wo sie sich finden, offenbaren sie immer auch eine innere Nötigung, sich dem Andersdenkenden aufgeschlossen *zuzuwenden* und ihn mit einer eigenen Rolle in die Auseinandersetzung *einzubeziehen*.

Fragt man, zweitens, nach echter *politischer* Toleranz, dann muß man sich zunächst darüber klar werden, was sie *nicht* ist. Sie ist nicht mit dem Rausch der Verbrüderung gleichzusetzen, als ob es keine Grenzen und keine Feinde gebe. Es wäre sinnlos – und würde eine durchaus unpolitische Haltung verraten – wollten wir uns im Rausch des „Seid umschlungen Millionen!“ über die Tatsache, daß es Grenzen gibt, hinwegjubeln. Wir müssen auf *menschliche* Weise zu vernünftigen Lösungen kommen. Darum ist auch die Lösung in Lessings „Nathan“ keine politisch brauchbare Lösung. In dem Augenblick, wo die Parabel der Humanität die Brüderlichkeit als Blutsverwandtschaft entpuppt, verliert sie ihren politischen Sinn. Es herrscht Rausch und Überschwung. Die Nationalitäten und Glaubensbekenntnisse fallen zum Schluß ab

wie Kostüme, und in einer Flut von Umarmungen stellt sich ein paradiesisches Urverhältnis her. Es ist die gleiche unnatürliche Temperatur, die bei Schillers „Kuß der ganzen Welt“ vorherrscht. Eine Temperatur der Ekstase, keine Atmosphäre nüchterner menschlicher Bemühung.

Bei der echten politischen Toleranz geht es um die Anwendung von Macht unter Ausschluß von Gewalt. Wer politisch tolerant ist, leugnet selbstverständlich nicht, daß in der politischen Auseinandersetzung Macht gegen Macht steht. Es ist ein billiger Einwand, der wenig Nachdenken verrät, daß derjenige, welcher der Toleranz auch im politischen Leben Bedeutung beimißt, der Illusion nachlaufe, Politik lasse sich im machtleeren Raum betreiben. Dieser Einwand verwechselt Macht und Gewalt. Der tolerante Politiker wird die *Gewalt*anwendung allerdings als ein unpolitisches Verfahren disqualifizieren und vermeiden. In Wirklichkeit liegen die Dinge so: der Grundgedanke der Toleranz legt recht eigentlich das *Wesen* des Politischen bloß, das zwar (wie uns Carl Schmitt belehrt hat) zur Voraussetzung hat, daß ich Freund und Feind unterscheide, das sich sodann aber als ein ganz bestimmtes *Verfahren* gegenüber dem Gegner kundtut: nämlich als die Gewohnheit, *sich niemals vom Gegner zu lösen und die Pflicht zum Paktieren stets weiter zu empfinden*. In der Politik geht es allerdings um Macht – Machterwerb und Machtausgleich. Aber Macht ist immer nur so lange wirksam, als die Brücken nicht abgebrochen werden. Tolerante Politik ist insofern wahre Politik, als sie von dem Bewußtsein getragen ist, daß das Leben weitergeht. In solchem Bewußtsein löst man sich niemals aus der Tuchfühlung mit dem Gegner heraus. So ergibt sich das *Maß* der Macht.

Den Gegensatz – die Unpolitik – bildet das System der *Gewalt*. Zu diesem System gehört es, daß man die Pflicht zum fortgesetzten Paktieren *nicht* empfindet. Da sind Kurzschlüsse erlaubt. Da lauert man auf den sensationellen Augenblick, wo die Brücken in die Luft gesprengt werden. Es ist die Politik des „reinen Tisches“, wo „endlich aufgeräumt“ und „die Maske heruntergerissen“ wird – der Stil der kompromißlosen Zielsetzung“ und der „hundertprozentigen Gesamtlösung“ entsetzlichen Gedächtnisses. Das Gewaltverfahren ist das Verfahren der Intoleranz. Und wenn im System der „toleranten“ Macht ein Wesensmerkmal des *Politischen* sichtbar wurde, so schimmert durch das System der „intoleranten“ Gewalt ein Charakteristikum des *Militärischen* durch. Von da aus hat Benjamin Constant vor 150 Jahren seine skeptischen Betrachtungen über die Verwendbarkeit der vom Militärangeist Durchdrungenen für die Zwecke der Politik angestellt. Die Weltgeschichte hat dieser Skepsis immer wieder recht gegeben. Unsere Überlegungen zeigen, daß die Gewalt im selben Sinne wildgewordene Macht ist, wie der Krieg alle Kennzeichen einer wildgewordenen Politik trägt. Es wird wohl auch in Zukunft so bleiben, daß die politische

Toleranz in der öffentlichen Meinung dem Verdacht traniger Unentschlossenheit ausgesetzt ist, während die schneidige Intoleranz des militärischen Stils sich die Herzen im Flug erobert. Die politische Bildung müßte jedenfalls die *eine* Erkenntnis auch in der breiteren Öffentlichkeit vorbereiten: daß der Stil des Kriegerischen als Stil der Gewalttätigkeit eine *unpolitische Haltung* verrät.

Man kann den Zusammenhang noch weiterführen. Dann muß man der Gewalt den Intellekt und der Macht die Vernunft zuordnen – in dem Kantischen Sinne, daß der Verstand nur fragt: was will ich? Die Vernunft dagegen überlegt: was kommt dabei heraus? Und auf die Seite der „vernünftigen“ Toleranz und damit des echten politischen Verhaltens gehört dann notwendigerweise der Kompromiß, der durch die idealistische Tradition bei uns so sehr in Verruf geraten ist. Wir werden sein Ansehen aufwerten müssen, oder aber wir kommen aus der Froschperspektive der Unvernunft in der Politik nicht heraus.

IV.

Auf dem religiösen und politischen Gebiet sind, wie wir gesehen haben, durchaus Ansatzpunkte gegeben, von denen die Verwandlung der toleranten Indifferenz in weitherzige Initiative und Tatkraft auszugehen vermag. Aber diese religiösen und politischen Möglichkeiten können schwerlich voll zum Zuge kommen, solange nicht auch unsere *sittlichen* Vorstellungen sich entsprechend gewandelt haben. Indem wir zum Schluß noch einen Blick auf die im engeren Sinne *sittliche Fragestellung* werfen, d. h. auf die Art und Weise, wie der Toleranzgedanke in Deutschland durch die Überlieferung unseres ethischen und moralischen Philosophierens geprägt und beschattet ist, eröffnen sich die besonderen Schwierigkeiten, denen die Toleranz in Deutschland als *soziale* Kraft begegnet.

Ganz gewiß ist uns in Deutschland die Toleranz auch als eine soziale Devise bekannt. Es müßte merkwürdig zugehen, wenn in dem Lande, in dem so viel guter Wille, so viel anständige Gesinnung und so viel selbstlose Hingabe im Dienste der Gemeinschaft verschwendet worden sind, die Toleranz nicht auch als Tugend der sozialen Sittlichkeit in Erscheinung getreten wäre. Aber es stellt sich bei genauerem Zusehen etwas sehr eigenartiges heraus. Wir sind vielleicht erst heute in der Lage, zu erkennen, *daß unsere sittlichen Konzeptionen der Toleranz ganz und gar in den Systemen des ich-bezogenen Denkens befangen blieben*. Da sind wir zwar durchaus bereit, dem anderen das gute Recht auf seine eigene Überzeugung zuzubilligen; aber wir treten ihm gegenüber mit dem selbstverständlichen Anspruch, seine Überzeugung in unserer eigenen bereits vorweggenommen und systematisch eingeordnet zu haben. Wir lassen dem anderen zwar seine Überzeugung; aber wir tun es im gleichen Sinne, wie wir uns die unsrige

lassen, nämlich als eine jeweils *unveränderliche*. Die Systeme der ich-bezogenen Selbstherrlichkeit haben dem Mitmenschen zwar durchaus einen Platz in ihrem Denkgebäude eingeräumt, aber nur in dem Sinne, daß der andere als das Nicht-Ich dialektisch auf das Ich bezogen bleibt. Wir billigen dem Mitmenschen so zwar durchaus zu, zur Vervollkommnung unserer eigenen Persönlichkeit als „Material“ (Fichte) unentbehrlich zu sein; aber wir sind nicht bereit, uns durch die Begegnung mit ihm aus dem Konzept bringen zu lassen. Zu unserer geistigen Überlieferung gehört die Neigung, Toleranz immer nur innerhalb der eigenen „Weltanschauung“ zu üben. So ist die merkwürdige Tatsache zu erklären, die zumal ausländische Beobachter und Bewunderer Deutschlands immer wieder vor ein Rätsel gestellt hat: daß mit unserer hochtourigen und von bester Absicht getragenen Erziehung zur Hilfsbereitschaft und zur Nächstenliebe eine so ausgesprochener Mangel an echter *sozialer Solidarität* einhergeht. Der Grund ist, daß uns die klassischen idealistischen Denksysteme ein vorzügliches Mittel in die Hand gaben, um den anderen flugs in unsere eigenen Kategorien einzugemeinden – und dann unverändert und unerschüttert den Weg unserer eigenen Dogmatik weiterzugehen, als seien wir niemandem außer uns selbst begegnet. Das Prüf-Feld für wirkliche Toleranz beginnt aber erst dort, wo ich den anderen als *bedingungslose Grenze* erfahre, an der alle meine eigenen Überzeugungen zum Halten kommen und kraftlos werden. Mit anderen Worten: von Toleranz im sittlichen Sinne können wir überhaupt erst dann anfangen zu reden, wenn wir allen Neigungen, die Begegnung mit anderen Menschen oder Nationen durch die mitgebrachten Begriffe unseres eigenen „Systems“ *vorwegzunehmen*, gründlich absagen und bereit sind, uns in der Erfahrung der sozialen Situation *selbst verändern zu lassen*.

An dieser Stelle berührt sich die Frage nach dem guten Sinn der Toleranz mit der allgemeineren Frage, ob nicht für die Regeneration unseres ganzen Lebensstils ein Schuß von „pragmatischer“ Aufgeschlossenheit und Undogmatik erforderlich und wünschenswert ist. Zum Hintergrund jener Toleranz, die uns einen Weg in die Zukunft weist, scheint mir die Erfahrung zu gehören, daß Wahrheit nicht irgendwo aufbewahrt ist und dort nur abgeholt zu werden braucht, sondern daß sie im Leben der Menschen dauernd *wird*, und daß es Wahrheit nicht gibt, ohne daß sie sich unter den Menschen dauernd neu *exponiert*. Im frühen Amerika leuchtet uns diese kraftvoll „ungeschützte“ Toleranz hell entgegen. Eduard Baumgarten hat sie in seinen Arbeiten über das hundertjährige Gespräch der amerikanischen Philosophie mit Europa eindrücklich beschrieben, sowohl am Bild Benjamin Franklins als auch an der Philosophie John Deweys, für den das Prinzip der *Mitteilung* der Wahrheit schließlich fast wichtiger wurde als die Wahrheit selbst. Baumgarten erinnert auch an jene prophetisch zuversichtlichen

Sätze, die sich in der Abschiedspredigt vor dem Auslaufen der Mayflower im Jahre 1620 finden: „Luther und Calvin waren große, strahlende Lichter in der Zeit, aber sie durchdrangen nicht den ganzen Ratschluß Gottes; der Herr wird noch weitere Wahrheiten aus seinem heiligen Wort hervorbrechen lassen.“ Die amerikanischen Siedler der Frontier haben es nicht anders verstanden, als daß das Feld, auf dem Gott seine (weiteren) Wahrheiten hervorbrechen läßt, die Kooperation in der Gemeinde ist. Das lag ganz auf der Linie der alten calvinistischen Überzeugung, daß sich erst an der Bewährung in der konkreten politischen Gemeinde herausstelle, ob man zum Kreis der von Gott Auserwählten gehöre. Die eigenartige Lebendigkeit der angelsächsischen Gemeinde, die noch heute jeden Kontinentalen verblüfft, beruht auf dieser Anschauung.

Wenn im „Gespräch“ der Partner Wahrheit *wird*, dann ist es für mich nicht unter der Würde, mit meiner Überzeugung selbst revisionsbereit zu bleiben. Dann ist in der Auseinandersetzung vielleicht sogar derjenige der eigentliche Sieger, der hinzugelehrt hat, auch wenn er im Augenblick unterlegen sein mag. Wir dürfen nach allen diesen Überlegungen zum Schluß eine Definition derjenigen Toleranz wagen, die wir uns als eine integrierende Kraft der sozialen und politischen Neuordnung Europas wünschen möchten:

Toleranz als die Bereitschaft, uns durch die Begegnung mit den anderen selbst verändern zu lassen.

Aus den vielen und vielseitigen Aspekten, die sich bei dem schillernden Begriff eröffnen, dem diese Betrachtung gewidmet war, haben wir mit dieser Definition vielleicht einen einzigen über Gebühr herausgehoben; aber am Ende fällt von hier aus doch ein Strahl auf das Kernstück der Toleranz insgesamt.

JOHANNES SCHMIDT-WODDER UND DER GRENZFRIEDENSBUND

Für eine Tagung in Sankelmark, die wir Anfang Februar mit Vertrauensleuten des Grenzfriedensbundes und Vorstandsmitgliedern des Bundes deutscher Nordschleswiger veranstalteten, hatten wir Pastor Schmidt-Wodder gebeten, zu uns zu sprechen. Leider war er durch Krankheit verhindert, und unsere Hoffnung, ein paar Stunden mit ihm zusammen zu sein, ging nicht in Erfüllung. Ein Vortrag über Toleranz, den er uns halten wollte, mußte von Herrn Callesen, dem Leiter der deutschen Bücherei in Apenrade, vorgelesen werden.

Uns war aber darum zu tun, den Mann kennenzulernen, der bereits im Jahre 1910 hier oben im Grenzgebiet die Gedanken, die wir heute vertreten, uns nahegebracht und den „Verein für deutsche Friedensarbeit in der Nordmark“ gegründet hat.

Ich habe schon im letzten Jahresbericht (Grenzfriedensheft 1954, 3) darauf hingewiesen, daß die Wiederauflebung des Namens entweder einem Zufall oder einer über Jahrzehnte anhaltenden unterbewußten Nachwirkung zuzuschreiben ist. Wie dem auch sein mag, wissen wir uns der Arbeit Pastor Schmidts aus den Jahren vor dem ersten Weltkrieg aufs engste verbunden und glauben, daß die Forderungen, die er damals für die Behandlung der Minderheiten aufstellte, auch heute noch Gültigkeit haben, und daß der Glaube an die inneren Kräfte Deutschlands, den er heute noch unerschütterlich verkündet, wieder gewonnen und gesichert werden muß, wo er verlorenging oder schwankend wurde.

Wir halten es darum nicht für unangebracht, daß wir ihn mit einem programmatischen Aufsatz aus dem Jahre 1911, der damals im ersten Heft seiner „Stimmen aus Nordschleswig“ erschien, zu Worte kommen lassen

Detlef Hansen

Gedanken und Programme im Grenzland 1911 und 1955

„Unser Programm“ (1911) von Johannes Schmidt-Wodder

Aus dem Titel unsrer Zeitschrift geht hervor, daß wir bestimmte Kreise hinter uns haben, deren Anschauungen wir zum Ausdruck bringen möchten. Diese Kreise waren bis vor kurzem nicht greifbar vertreten und begannen erst seit dem Herbst des letzten Jahres sich zu sammeln im Rahmen des „Vereins für deutsche Friedensarbeit in der Nordmark“. Unsre Zahl ist noch nicht groß. Es wundert uns nicht, denn wir schwimmen nicht mit dem Strom, vielfach gegen ihn. Wir erwarten wenig von Staatshilfe, viel von Selbsthilfe, das Beste immer von dem einzelnen. Wir standen, ehe wir uns organisierten, oft ziemlich allein und wußten sowohl unser Deutschtum zu wahren als ein Verhältnis zur Bevölkerung, auch der dänischen, zu gewinnen. Es war je nachdem auf Achtung, Vertrauen, Freundschaft gegründet. Wir wollen das auch weiter und wissen aus unserer Erfahrung, daß wir nichts Unmögliches wollen. Wir können nur darüber lächeln, wenn man uns als Illusionisten und Idealisten zu charakterisieren sucht, als Menschen, die fürs Leben, wie es ist, kaum in Betracht kommen, die nichts von der Wahrheit des Dichters wissen: „Dicht beieinander wohnen die Gedanken, doch hart im Raume stoßen sich die Sachen.“ Es wirkt allmählich erheiternd auf uns, daß diese Dichterweisheit immer wieder gegen uns ins Feld geführt wird, mit der man alles abweisen kann, was einem nicht in die Gedanken hineinpaßt. Wir sind nicht gewillt, uns dauernd zu vereinsamen und als Einspänner weiterzufahren. Wir glauben auch, daß wir schließlich doch gar nicht so allein stehen, sondern daß unsre Auffassung von der Lage und dem, was sie von uns fordert, sich stark berührt mit den Gedanken vieler, die schweigen, weil sie skeptisch sind und nicht gegen die herrschenden Ansichten glauben aufkommen zu können. Wir machen nicht alles davon abhängig, ob es gelingt, die herrschenden Ansichten durch die unsern zu ersetzen und wie weit es gelingt. Schon das ist der Arbeit wert, eine Schar zu sammeln, die sich stark genug fühlt, Halt und Richtung für ihr nationales Verhalten in der Nordmark in sich selbst zu finden und in ihrem gegenseitigen Zusammenschluß. Wir verzichten natürlich nicht darauf, die öffentliche Meinung für unsre Gedanken zu gewinnen – deswegen gründen wir ja die Zeitschrift – aber wir nehmen unser Existenzrecht und unsre Lebenskraft nicht von der Anerkennung der öffentlichen Meinung. Recht und Kraft liegt in der inneren Wahrheit dessen, was wir vertreten und in dem Willen, sie jeder für sich und jeder in seiner Weise

zu vertreten. Wir sind in der Sache, die wir vertreten, entschieden liberal, trotzdem wir politisch die verschiedensten Elemente umspannen, straff konservativ und ausgesprochen demokratisch gesinnte Leute, trotzdem wir in unsrer ganzen Lebensauffassung recht voneinander abweichen. Ich habe meine Freude daran, ich denke, andre auch, denn es zeigt, wie die Wahrheit und das Gewicht einer Sache Menschen zusammenführt und Befangenheit zerstört.

Aber hören wir, was der Verein und insofern auch die Zeitschrift vertreten will:

„Der Verein für deutsche Friedensarbeit in der Nordmark will nordschleswigsche Art in Verknüpfung mit dem Leben des deutschen Volkes pflegen und eine selbstbewußte, im Heimatboden wurzelnde Liebe zum Vaterlande erhalten und fördern.

Er will deshalb:

1. wie alle berechnigte Eigenart Nordschleswigs, so vor allem die Muttersprache, in Ehren halten, die deutsche wie die dänische, auch dänisches Volkstum in Nordschleswig achten und würdigen.
2. Das Bewußtsein von der Notwendigkeit der Weiterbildung unsrer Jugend auf Volkshochschulen, Fachschulen und Fortbildungsanstalten jeder Art beleben, um sie mit deutschem Geistesleben in engere Fühlung zu bringen.
3. Die Deutschgesinnten in Nordschleswig, in Sonderheit auch die, welche ihre dänische Muttersprache liebhaben, sammeln durch bildende Vorträge und wertvolle Geselligkeit, Verbreitung guten Lesestoffs, Förderung der Heimatkultur und Schaffung eines eigenen Vereinsorgans.
4. Allen Bestrebungen entgegnetreten, welche dahin zielen, die nationalen Gegensätze in Nordschleswig zu verschärfen.“

Das sind Forderungen und Ziele, die nicht ausgeklügelt, sondern geschichtlich entstanden sind, das Ergebnis einer Entwicklung unsrer Nordmark, die das nicht genügend zu seinem Rechte kommen ließ, wofür wir jetzt die Lanze einlegen. Wenn wir damit in Opposition treten zu manchen Faktoren, die diese Entwicklung bisher beherrscht haben und scheinbar einen Keil hineintreiben in die Reihen des Deutschtums, so nehmen wir dies Odium ruhig auf uns. In Wirklichkeit macht diese Opposition die Bahn für uns erst frei, selbst mit ungeteiltem Herzen an der Arbeit fürs Deutschtum uns zu beteiligen; und darin haben wir ein sehr gutes Gewissen, daß das, was wir wollen, nur dem Deutschtum zugute kommen kann, beides der Ehre und der Kraft des Deutschtums. Wenn wir als gesonderte Gruppe unsern Standpunkt zu vertreten vorzogen, dann hielten wir das für praktisch notwendig, um überhaupt zur Geltung zu kommen und sind nicht so eng veranlagt, daß wir uns für allein seligmachend halten, auch nicht so bescheiden, daß wir nun glaubten, nur in diesem Rahmen existieren zu wollen. Was wir vertreten, vertreten wir für alle, und wir fühlen

uns als Kinder Nordschleswigs und Glieder des deutschen Volkes, nicht als Clique in demselben.

Fassen wir aber in wenigen Worten zusammen, wofür wir eintreten, dann ist es die Wahrung nordschleswigscher Eigenart, vornehme Gerechtigkeit gegen die dänischgesinnten Nordschleswiger, Bekämpfung alles nationalen Fanatismus' auf beiden Seiten, bewußte Arbeit an unserm Volkstum.

Wahrung nordschleswigscher Eigenart, das liegt in einer Linie mit manchen Bestrebungen in andren Gegenden Deutschlands, aber was anderswo allgemein als Pflicht der Pietät, als Liebe zum Eigenen gebilligt wird, das liegt hier schwieriger. Hier scheint es nicht das Richtige zu sein, daß man Nordschleswig liebt, wie es ist, und es so in seinen charakteristischen Zügen erhalten möchte; nein, Nordschleswig zu etwas Andreem machen, als es ist, das scheint das Rechte. Es muß gelingen, eine einheitliche deutsche Gesinnung herzustellen, und das zu erreichen, müssen alle Mittel angewandt werden, die uns zugänglich sind. Uns ist völlig klar, daß es dafür eine Methode nicht gibt, weil Gesinnungen überhaupt nicht gemacht werden können. Alle Versuche in dieser Richtung wirken aber nur unheilvoll, und wenn sie wirklich gelingen könnten, würden sie nur auf Trümmern gelingen. Die Trümmer wären aber ein in seinem Selbstbewußtsein gebrochenes, entwertetes Volkstum. Nein, wir lieben unser Nordschleswig, wie es ist, auch mit starkem Einschlag von Dänentum, und unsre Liebe zu Land und Leuten ist unverändert, ob wir auch damit rechnen, daß bewußtes Dänentum hier immer eine Stätte behalten wird. Die Ansichten, ob das der Fall sein wird, sind sehr verschiedene. Es ist nicht die wichtigste Frage Nordschleswigs und es ist noch weniger eine dringende. Dringend ist die Frage, ob wir verstehen, auf nationalem Gebiet in unanfechtbarer – und das ist in allein wirksamer Weise – unsre Stellung zu vertreten. Nur dann kann auch auf dänischer Seite eine Gesinnung entstehen, die sich aussöhnt mit der Tatsache, daß Nordschleswig zu Deutschland gehört. So etwas kann nur langsam werden. Wir sind nicht im mindesten verwundert darüber, daß die jungdänische Bewegung mit ihrer gereizten Stimmung nicht nachläßt, weil wir den Verein für deutsche Friedensarbeit gegründet haben. Mir ist es jedenfalls ganz klar, daß Erfolge „erst nach langer Zeit“ zu erwarten sind. Die politische Frontstellung von Deutsch und Dänisch wird bleiben, nur die Art des Kampfes kann eine ruhigere, sachlichere werden. Es gibt aber so viele Beziehung zwischen Deutsch und Dänisch, die nicht in erster Linie in den Spalten der Zeitungen ihren Ausdruck finden und wichtiger sind als die politischen. In Schule und Kirche, im sozialen, wirtschaftlichen, einfach menschlichen Leben sind die Berührungen unzählige. Da hat schon das Verhalten des einzelnen einen entscheidend Einfluß auf seine Umgebung, da liegt es bei ihm, Erfolge zu erringen. Sie werden nicht errungen durch schwächliches

Verstecken und Zurückstellen der eigenen nationalen Position, wohl aber durch die Achtung und das Vertrauen, die der einzelne sich erringt und durch die Ruhe und Gelassenheit, die er gegenüber kleinlichen Herausforderungen zu wahren weiß. Es sollte selbstverständlich sein, daß wir Deutschen solcher Haltung fähig sind. Die müßte folgen aus der Stellung, die unser Volk einnimmt. Noch selbstverständlicher müßte es sein, daß in großem oder kleinem Wirkungskreis immer peinliche Gerechtigkeit beobachtet wird. Alles in allem wollen wir Frieden nicht durch die schwächliche Haltung des Unsicheren, sondern durch die Haltung des Stärkeren, der sich nicht reizen läßt. Das ist die Gesinnung, aus der wir alles bekämpfen, was auf Verschärfung der nationalen Gegensätze hinausläuft, und es lag mir daran, zum Ausdruck zu bringen, daß auch das andere zum Überdruß zitierte Dichterwort: „Es kann der Beste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt“ nur sehr bedingte Geltung hat.

Eigenart Nordschleswigs wahren, ist nicht gut durchführbar ohne eine gewisse Gelassenheit der Tatsache gegenüber, daß Nordschleswig Deutsche und Dänen umspannt. Ein Unglück braucht es nicht zu sein. Wenn wir es recht verstehen, liegen darin Bedingungen, an denen wir wachsen und reich werden können. Die Eigenart liegt aber ganz besonders in der weithin herrschenden Stellung der dänischen Sprache. Als Mundart beherrscht sie geradezu ganz Nordschleswig, als Schriftsprache mußte sie aus dem Gebiete des Gerichts, der Verwaltung und fast ganz aus der Schule weichen. Es ist zweifellos recht, wenn man in der Sprachenfrage darauf hinweist, daß die dänische Mundart nicht bedroht wurde, es ist aber verhängnisvoll, daß man glaubte, und noch heute glaubt, der dänischen Schriftsprache zu Leibe zu müssen, weil, wie man sagt, sie kein Heimatsrecht habe in Nordschleswig. Es ist gut, daß die Mundart als besonderer Wert erkannt wird und auch deutscherseits allgemeine Neigung vorliegt, sie zu pflegen, aber man wird keine nationalen Erfolge erzielen, sondern enorme Widerstände auslösen, wenn man der dänischen Schriftsprache immer mehr das Heimatsrecht verkürzt. Es nützt nichts, sich auf die Vergangenheit zu berufen und darauf hinzuweisen, daß dänische Schriftsprache erst in den letzten sieben Jahrzehnten sich durchgesetzt hat. Siebzig Jahre lassen sich nicht auswischen, und es hätte nicht so kommen können, wie es gekommen ist, wenn nicht die natürlichen Vorbedingungen für solche Entwicklung vorgelegen. Es war eben die Zeit, in der Dänemarks Schriftsprache aus den Gelehrtenstuben und der Welt der Beamten und der oberen Bildungsschicht mitten ins Volksleben hinaustrat. Sie wurde wieder jung, trieb Blätter und Blüten, entfaltete ihren Reichtum und hat das dänische Volk selbst wieder verjüngt und geistig reich gemacht. Das hat seine Wellen nach Nordschleswig herübergeschlagen. Dänische Schriftsprache war schon immer hier Sprache der

kirchlichen Gemeinden, hatte schwankend mehr oder weniger Raum in Schule und Gericht und Verwaltung. Nun wurde sie auch hier in ungeahnter Weise lebendige Sprache, oder besser noch Sprache, die die Geister lebendig machte, wurde neben der Mundart Volksgut, Muttersprache, nicht nur Sprache des offiziellen Lebens. Man kann ruhig sagen, daß die dänische Schrift- und Bildungssprache unsrer Bevölkerung vertrauter ist als durchweg die deutsche Schriftsprache der deutschen Bevölkerung. Ob aber nicht jeder Deutsche, ganz einerlei, welche Mundart er spricht, *seine Muttersprache* angegriffen fühlt, wenn die deutsche Schriftsprache irgendwo zurückgedrängt wird?

Glaubt man die dänische Schriftsprache verdrängen zu müssen, dann halte man sich doch für zu gut, solche Sophismen zu vertreten, als sei sie der Bevölkerung nur Fremdsprache.

Ich weiß, daß wir im Verein für deutsche Friedensarbeit nicht gleich denken in dieser Frage, doch vielleicht soweit, daß dänische Mundart zu pflegen sei als die Sprache, in der Gemüt, Humor, Gedanken des Volkes ihren unübertroffenen plastischen Ausdruck finden, daß auch ein weiteres Zurückdrängen dänischer Schriftsprache in Kirche und Schule keinen nationalen Gewinn verspricht. Manche von uns gehen weiter und meinen, daß hier die schwersten nationalen Mißgriffe vorliegen, die gemacht sind und andauernd gemacht werden.

Seitdem wir diese Sprachenpolitik eingeführt haben und die Neigung noch immer vorliegt, sie weiter durchzuführen, wie neuerdings die Handhabung der Sprachenverfügung von 1888 zeigte, muß auf der Gegenseite das Gefühl kränkender Zurücksetzung erzeugt werden. Aus solchem Gefühl heraus sind oft bittere verletzende Worte über uns Deutsche gesprochen und geschrieben. Wir wurden herausgefordert und fühlten uns herausgefordert und diese Stimmung der Gereiztheit machte uns oft unfähig, die Lage richtig zu beurteilen. Man hat auf dänischer Seite sich nicht ruhig darein gefunden, daß man ihrer Sprache den Spielraum einengte. Man schickte die Kinder zu Hunderten über die Grenze, um auf dänischen Volkshochschulen ihre Bildung zu vervollkommen, sodaß jetzt vielleicht 10 000 junge Leute in Nordschleswig von dorthier ihre stärksten Antriebe bekommen haben; man verbreitete dänische Bücher in den Heimen, gründete Bibliotheken, die reichen Lesestoff boten, errichtete bisher ungefähr 50 Versammlungshäuser, Zentralen zur Pflege dänischen Geisteslebens, für Geselligkeit und körperliche Ausbildung und manches andere. Deutscherseits hatte man bisher nur einen Maßstab, das alles einzuschätzen, – als maßlose politische Herausforderung, als Irredentismus, womöglich als hochverräterisches Treiben, – und wo man nur mit Polizei und Staatsgewalt eingreifen konnte, versuchte man es. Es blieb fast immer bei einigen ungeschickten Versuchen,

die sich bald als ganz unmöglich erwiesen, aber die Bitterkeit steigerte sich auf beiden Seiten nur umsomehr. Diese Entwicklung muß in Permanenz so weiter gehen, wenn weiter nationale Stimmungspolitik getrieben werden soll, statt daß man sich ruhig überlegt, was man will und was man kann und dann jeder Versuchung widersteht, in irgendeiner berechtigten und unberechtigten nationalen Stimmung Maßnahmen zu treffen, die entweder zurückgenommen werden müssen, oder uns noch weiter auf die schiefe Ebene drängen.

Man kann um der Einheitlichkeit des staatlichen Lebens willen darauf halten, daß die herrschende Sprache der Schule deutsch sei, man kann aber auf diesem Wege nicht national erobern, nicht deutsch-nationale Gesinnung machen.

Man kann in gleicher Weise der dänischen Sprache in der Schule den Platz beschränken, man kann auf diesem Wege ihre Geltung im Volksleben nicht einschränken.

Man kann das Verhältnis der Sprachen in der Schule gesetzlich festlegen und der Bevölkerung mit gutem Grund es zumuten, daß sie sich gründliche Kenntnis der deutschen Sprache aneignet, man kann ihr nicht zumuten, daß sie ruhig zusehen soll, wie die Tendenz immer weiter wirkt, aus der Schule die dänische Sprache ganz zu verbannen.

Man kann aus deutscher Schulsprache die Konsequenz ziehen, daß dann auch Konfirmationsunterricht deutsch zu erteilen sei, überall wo es gewünscht wird, man kann aber auf diesem Gebiet das Moment der Freiwilligkeit nicht ausscheiden, ohne den kirchlichen Frieden zu gefährden und die Volksseele sich zu entfremden.

Man kann verlangen, daß für alle deutschsprechenden Elemente in Nordschleswig und für die, welche diese Sprache auch bei dänischer Muttersprache für ihr religiöses Leben bevorzugen, ausgiebig gesorgt wird durch deutsche Gottesdienste, man kann und darf nicht wünschen, auf kirchlichem Gebiet den Geltungsbereich der dänischen Sprache zurückzudrängen aus nationalem Motiv.

Die sprachlichen Verhältnisse Nordschleswigs sind naturgemäß dem langsamen Wandel der Zeiten und Verhältnisse unterworfen und die Versuchung mag groß sein, Richtung und Tempo, in dem man die Wandlung wünscht, in eigene Hand nehmen zu wollen. Die Möglichkeiten, diese Wandlung zu bestimmen, sind aber so geringe, die Zartheit des Gebietes ist so groß, daß gerade die Hände der Macht die ungeschicktesten dazu sind. Auf diesem Gebiet wird sofort verstimmt, wer die Absicht merkt und entzieht sich jedem Einfluß, den man auf ihn auszuüben wünschte. Schließlich ist der Grundfehler unsrer nationalen Position, daß dieser *Wunsch*, deutsche Gesinnung zu machen immer wieder durchbricht, und die Illusion uns im Banne hält, als könne man auf solchen Wegen national erobern. Das macht unsere

Verhältnisse so verwirrt, oft so unnatürlich, das reizt und hetzt die Gemüter auf, das ist im letzten Grunde die schwerste nationale Schädigung für uns selbst.

Nicht aus nationaler Wunschlosigkeit oder mangelndem Deutschempfinden vertreten wir diese Auffassung, sondern aus der klaren Erkenntnis, daß die Energie der nationalen Selbstbehauptung sich im gleichen Maße schwächt, als das Interesse in den Vordergrund gedrängt wird, den nationalen Gegner mit Sanftmut oder mit Mitteln der Staatsgewalt zurückzudrängen.

Die Wertschätzung des Eigenen und die Freude daran tritt zurück vor dem Ärger über dem Gegner. Das durch Machtmittel bedrängte Volk findet von selbst das Mittel der Selbstbehauptung in der geistigen Pflege der eigenen Volksgüter. Wir sehen das so leicht als selbstverständlichen Besitz an oder rechnen uns vor, was für Vorzüge wir wohl vor dem fremden Volksteil haben und fühlen uns überlegen; das führt leicht zur Selbsttäuschung. Es ist durchaus wünschenswert, daß wir uns selbst etwas mehr vertiefen in das, was unser Volk uns gibt und das, was wir zu leisten haben. Sind wir ein edles, ein adliges Volk, dann wird es auch von uns als Volk gelten, daß Adel verpflichtet und dies Gefühl der Verpflichtung für den Adel seines Volkes ist die absolute sichere Wehr vor nationalen Verlusten, auch die einzige Möglichkeit, national zu gewinnen. Nicht durch Versuche, die Gesinnung zu beeinflussen, die Sprachenverhältnisse zu modeln, die Pflege dänischer Kultur zu verhindern, nur durch freie Darbietung dessen, was wir haben, wird das geschehen. Da ist der Staat mit seinen reichen Kulturmitteln natürlich ein wichtiger Faktor, und doch ist die eigene Initiative der deutschen Bevölkerung noch wichtiger. Ein Anfang ist gemacht. Er liegt vor in einigen Seiten der Tätigkeit des deutschen Vereins, deutlicher noch in dem Wirken des Volkshochschulvereins für Nordschleswig, es wird bewußte Arbeit des Vereins für deutsche Friedensarbeit in der Nordmark sein. Was aber geschehen könnte, davon ist in folgendem Aufsatz über deutsche Jugendbildung in Nordschleswig mehr gesagt. Ich habe nicht erschöpfend entwickeln können, wie wir Nordschleswigsche Verhältnisse beurteilen, welche Wünsche wir haben, welche Arbeit wir angreifen möchten, ich habe nur herausheben wollen, was uns hier besonders not tut. Uns tut es not, eine ganz andere Haltung in nationalen Dingen zu erringen, *mehr ruhige Sicherheit*, daß hier nichts zu verlieren ist, wenn wir uns nicht selbst verlieren, *mehr ruhige Gerechtigkeit*, die nicht zu rühren versucht an dem, worin die Seele des Volkes lebt, *mehr ruhige Überlegenheit*, die nicht darauf aus ist, nationale Proselyten zu machen, sondern die Verhältnisse so zu gestalten versucht, daß man in Nordschleswig deutsche Art wertschätzen lernen kann. Da kann es dann werden, daß mancher seinen Anschluß auch geistig an uns findet, die andern zu schätzen lernen, daß in unserem Staatswesen Raum für ihre Art ist. Es ist vielleicht schwerer jetzt als

früher, solche Haltung zu erringen, weil wir so tief in gegenseitige Erregung hineingekommen sind, aber gerade deswegen ist die Notwendigkeit solcher Haltung umso einleuchtender, denn es ist das Einzige, was hilft.

J. Schmidt

Deutsche und Dänen sind seit unvordenklicher Zeit Nachbarn; sie waren nicht immer, aber doch meistens friedliche Nachbarn. Besonders in der Grenzlandschaft sind die Menschen seit je sowohl nordwärts wie südwärts gezogen. Familien mit deutschen Namen sind reine Dänen geworden, und wie viele Christiansen, Johannsen, Jensen, Hansen gibt es nicht, die gut deutsch sind! Sehr viel haben wie Ruth „Dein Volk ist mein Volk“ gesagt. Alte Chroniken und neue Familiensagen berichten von Frieden und Glück, aber auch von hartnäckigem Streit und bitterem Leid. Keine deutsch-nordische Landschaft predigt eindringlicher die Lehre des Friedens auf Erden allen Menschen, die guten Willens sind.

Prof. Hammerich / Flensburger Tage 1954

Zum Vergleich folgen hier noch einmal die Programmpunkte des Grenzfriedensbundes vom April 1950:

DER BUND FÜR DEUTSCHE FRIEDENSARBEIT IM GRENZLAND

will in europäischem Geiste deutsche Kulturarbeit im Grenzlande pflegen, ein friedliches Nebeneinander von deutschem und dänischem Volkstum fördern und zur Verständigung mit dem dänischen Nachbarvolke einen Beitrag leisten.

Als deutsche Friedensarbeit betrachtet er den Ausbau des deutschen Kulturwesens auf beiden Seiten der Grenze. Er denkt dabei an Schulen, Kindergärten, Jugendarbeit, Sport, Ferienlager, Volkshochschulen, Büchereien, Musik, Theater, Laienspiel, Schul- und Wanderfahrten und ähnliche Veranstaltungen und Einrichtungen.

Als seine Aufgabe betrachtet er vor allen Dingen die Unterstützung derjenigen Bevölkerungskreise, die aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen an den deutschen Kulturgütern bisher keinen vollen Anteil haben konnten und infolgedessen in ihrer nationalen Haltung unsicher wurden. Da Unterstützungen auf die Dauer keine wirksame Sicherung bieten, hält er allgemeine Dauerarbeit für alle Werktätigen und Lohn- und Versorgungssätze, die denen im Nachbarlande vergleichbar sind, für unerlässlich. Darum wird er die verantwortlichen Stellen und die gesamte Bevölkerung des Landes Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik nachdrücklich hinweisen, daß der allgemeine Lebensstandard der breiten Schichten im Grenzlande gehoben werden muß, wenn die Kulturen der beiden Völker sich hier frei und gegenseitig befruchtend begegnen sollen.

Der Grenzfriedensbund steht auf dem Boden der Kieler Erklärung und gesteht jedem das Recht zu, sich zur dänischen Minderheit zu bekennen und dänisches Volkstum zu pflegen. Eine Verschiebung der deutsch-dänischen Staatsgrenze nach Norden oder nach Süden lehnt er ab, da sie keine Lösung der nationalen Aufgaben im Grenzlande bringen kann.

Von diesem Standpunkte aus glaubt der Grenzfriedensbund eine Verständigung mit gleichgesinnten Kreisen des dänischen Volkes erreichen zu können.

Er strebt deshalb nicht nur ein nachbarliches Gespräch mit dänischgesinnten Südschleswigern an, sondern auch mit Vertretern des dänischen Volkes nördlich der Grenze. Er veranstaltet Vorträge, Fahrten und Tagungen, auch solche, zu denen Angehörige beider Nationen geladen werden. In unregelmäßiger Folge gibt er Grenzfriedenshefte heraus, die der Verbreitung seiner Gedanken in allen Kreisen dienen sollen.

Barthold Georg Niebuhr (1776-1831)

Der Weg eines Nationalgefühls

Wenn ich mich hier mit einem Manne befasse, der vor mehr als 100 Jahren gestorben ist, geschieht das nicht wegen seiner anerkannten Verdienste um die Geschichtswissenschaft, auch nicht, weil er zufällig in Kopenhagen geboren wurde und später dort gewohnt und gearbeitet hat, oder weil Dithmarschen und Holstein ihn für sich beanspruchen könnten, sondern weil er für die Entstehung und Entwicklung des deutschen Nationalgefühls und des für ersehnte Entwicklungen heute als hemmend empfundenen Nationalgefühls in Europa überhaupt ein Beispiel bietet, das über den Einzelfall hinaus Anspruch auf Beachtung erheben darf und zur Klärung mancher Verhältnisse beitragen kann, die in unseren Tagen fragwürdig geworden sind.

Nationalgefühl ist das Innewerden der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Menschengruppe, deren Schicksal man als eigenes empfindet und mit der man sich durch objektive Gemeinsamkeiten in seiner Gesinnung verbunden weiß oder wähnt. Es handelt sich dabei nicht um ein Gefühl, das nur dem einzelnen gehört, sondern um ein überindividuelles, bei dem der einzelne nur Mitträger ist, an dessen Schwingungen er als Objekt und Subjekt zugleich teilhat und bei dem man aus diesem Teil auf den Sinn des Ganzen schließen darf.

*

Barthold Niebuhrs nationale Entwicklung ist ohne Kenntnis der Hauptzüge aus dem Leben seines Vaters nicht zu verstehen. Der kam aus Lüdingworth im Lande Hadeln und ist als Carsten Niebuhr der Welt fast besser bekannt als der Sohn. Bis zu seinem zweiundzwanzigsten Lebensjahre hatte Carsten Niebuhr zuerst auf dem Hofe der Eltern, dann auf dem eines Verwandten in der Landwirtschaft gearbeitet. Unter schwierigen Verhältnissen eignete er sich auf den Schulen in Altenbruch und Otterndorf und in einem Institut in Hamburg die Voraussetzungen an, die für ein Studium an der Universität Göttingen erforderlich waren. Er wollte Landmesser werden. Sein Arbeitseinstern und seine geistigen Fähigkeiten müssen den Lehrern gleich in den ersten Semestern aufgefallen sein; denn schon nach einem Jahre wurde er zur Teilnahme an der „Arabischen Expedition“ ausersehen, die der dänische König auf Veranlassung des Professors Michaelis in Göttingen durchzuführen beabsichtigte. Carsten Niebuhr erhielt daraufhin zunächst ein Stipendium vom dänischen Staat, um sein Studium zu beenden und wurde dann nach Kopenhagen berufen, wo er zum Leutnant im

Ingenieurkorps ernannt wurde und sich eindringlich auf die Fahrt vorbereiten konnte. Am 7. Januar 1761 trat er die Fahrt mit vier anderen Wissenschaftlern an, und nach Überwindung schwerster Strapazen kam er mit reichen Forschungsergebnissen als einzig Überlebender im Jahre 1766 wieder zurück. Der König beförderte ihn zum Hauptmann und gab ihm Zeit, seine Forschungen auszuwerten und in seiner „Reisebeschreibung von Arabien“ niederzulegen. Er wohnte im Prinzenpalais an der Marmorbrücke. Das Leben in Kopenhagen aber behagte ihm nicht, und auf seine Bitte betraute man ihn 1778 mit der Stelle des Landschreibers in Meldorf. Die Obliegenheiten des neuen Amtes umfaßten kaum mehr als die Einschätzung und Erhebung der staatlichen Steuern und ließen ihm reichlich Muße, seinen Neigungen nachzugehen. Bis zu seinem Tode 1815 hat er das Amt innegehabt, auch als er im Alter gelähmt und erblindet war.

Die Familie der Mutter stammte aus Thüringen. Ihr Vater war als Feldscher nach Kopenhagen gekommen und später Leibarzt des Königs geworden. Sie war Kammerjungfer der Königin gewesen. Mit der bei ihr wohnenden Schwester sprach sie dänisch.

*

Barthold Georg Niebuhr wurde am 27. August 1776 in Kopenhagen geboren, war also zwei Jahre alt, als er mit seinen Eltern nach Meldorf kam. Es darf kaum angenommen werden, daß diese beiden ersten Jahre bewußte Eindrücke in ihm hinterlassen haben. Andererseits wird die heutige Psychologie nicht leugnen wollen, daß aus den ersten Lebensjahren manches im Unterbewußtsein haften mag, was sich in späteren Stadien auswirken kann.

Von ungleich größerer Bedeutung war es, daß er in einem Hause aufwuchs, wo die Atmosphäre der Dankbarkeit gegen den König und den dänischen Staat Selbstverständlichkeit geworden war, und daß er von Anfang an in einer Welt lebte, in der die deutsche Kultur einen so hohen Rang besaß, daß die einheimische, wenn sie überhaupt bemerkt wurde, ganz dahinter zurücktrat. Dithmarschen gehörte zum dänischen Gesamtstaat. In kultureller Beziehung fühlte dieser Staat sich aber ebensowenig an Grenzen gebunden, wie die Träger der deutschen Kultur in dem aus vielen Staaten bestehenden Deutschland. Wenngleich „die goldenen Tage“ der Klopstockzeit in Kopenhagen längst vorüber waren, fühlten die Deutschen Holsteins und Schleswigs sich ebenso wohl in der dänischen Gesamtheit, wie die Dänen in Jütland und auf den Inseln, und wie die vielen Deutschen, die immer noch in der Bürgerschaft Kopenhagens in Arbeit und Brot oder am Hofe in hohen Stellungen und

Gehältern saßen.

Das Auskommen und das Ansehen des Landschreibers in Meldorf waren so, daß er seine wissenschaftlichen Arbeiten fortsetzen und den Verkehr mit Gleichgesinnten weiterpflegen konnte.

Da lebte seit 1781 neben ihm in der Landvogtei Christian Boje, der Mitbegründer des Göttinger Hainbundes und Dichter des Liedes von der „Lore am Tore“, dessen Beziehungen zu allen Großen des damaligen Deutschland auch in das Haus des Landschreibers am Markt hineinleuchteten. Da kam jedes Jahr Bojes Schwager, Johann Heinrich Voß, aus Eutin herüber, und da war der aufgeklärte Rektor Jäger vom Gymnasium mit anderen Gelehrten der hohen Schule ein gern gesehener Gast. Sie alle versammelten sich oft im Hause Niebuhrs, und ihren Gesprächen lauschte der kleine Barthold von frühester Kindheit an. Mit einer ungewöhnlichen Auffassungsgabe ausgestattet, nahm er so den damals in Deutschland aufbrechenden neuen Humanismus aus erster Hand in sich auf. Hier wurden die Keime zu seinem spätem Lebenswerk, zur „Römischen Geschichte“, gelegt, die seinen Namen in der Wissenschaft bleibend sichern sollte.

Vom sechsten Lebensjahr ab lernte er Griechisch, vom achten ab Latein, und im Laufe seines Lebens noch achtzehn andere Sprachen. Das Vaterhaus war aber nicht nur eine Pflegestätte der klassischen Literatur, sondern auch der deutschen und all der Werke ausländischer Dichter, an denen wahres Menschentum sich damals aufzuranken versuchte. So lernte er als Siebenjähriger schon Shakespeares Werke kennen, die Odyssee und die Ilias Homers und die Gedichte von Ossian. Daß man im dänischen Gesamtstaat nichts Dänisches hörte, nahm man, ohne sich Gedanken zu machen, als selbstverständlich hin.

Nach einem mißglückten Versuch, über das schon vom Vater besuchte Handelsinstitut in Hamburg weiterzukommen, ging er 1794 nach Kiel, wo besonders das Studium Kants und die durch Johann Heinrich Voß geförderten Verbindungen zu dem Eutiner Kreis um Jakobi und die Grafen Stolberg seine Verwurzelung in der deutschen Kultur befestigten.

In diesem Zusammenhang muß Dora Hensler, die junge Witwe des früh verstorbenen Theologieprofessors Hensler, besonders genannt werden. In ihrem Hause sammelte sich damals alles, was am gehobenen geistigen Leben der Stadt teilnahm. Allen war sie freundliche Gastgeberin, vielen mütterliche Beraterin, und Niebuhr ward sie die vertraute Freundin über den Tod hinaus. Ihr hat er später auch seinen Nachlaß übereignet.

Zwei Jahre glücklichen Wachstums waren ihm in dieser Kreise beschert. Da kam über die Eutiner eine Aufforderung an ihn, als Privatsekretär in den Dienst des Grafen

Schimmelmann zu treten. Der Rat des Vaters entschied die Annahme, trotzdem sie ein Abbrechen des unvollendeten Studiums bedeutete.

Schimmelmann war seit 1788 Staatsminister und verfügte von seinem vielgewandten und finanztüchtigen Vater her über große Reichtümer. Im Hause Schimmelmann lebte man wie in Deutschland und hatte Verbindung mit allen großen Geistern seiner Kultur. Schimmelmann war es auch gewesen, der 1791 mit dem Herzog von Augustenburg zusammen Schiller aus Not und Krankheit gerettet hatte und ihm ein Jahresgehalt von 1000 Talern aussetzte. So schwamm Niebuhr, der im Hause seines Chefs nicht nur arbeitete, sondern auch wohnte, in dem Strome weiter, der ihn bisher getragen hatte. Er scheint nichts davon gemerkt zu haben, daß gerade in diesen Jahren das erste neue kulturelle Eigenleben sich in Dänemark zu regen begann, und um so weniger, als das sein ganzes Leben charakterisierende Pflichtgefühl ihm volle Teilnahme am Kopenhagener Gesellschaftsleben von Anfang an verwehrte. Gesellschaftliche Verpflichtungen hat er sein ganzes Leben hindurch als die größte Gefahr für den Fortschritt der Menschen und der Wissenschaft betrachtet. Darum empfand er bald auch eine unwiderstehliche Abneigung gegen die deutsch durchgesetzten, epikuräisch lebenden Hofkreise, die im Hause Schimmelmanns verkehrten. So geschah es, daß die Gräfin ihn bald als Fremdkörper in ihrem Hause empfand und er sich außerhalb Wohnung suchen mußte. Trotzdem genoß er das volle Vertrauen seines Herrn weiter. Im Jahre darauf wurde er auf dessen Verwendung zum Hofbibliothekar ernannt und konnte nun ganz seinen geliebten Büchern leben.

Das Erwachen des Nationalgefühls

Die dänischen Könige haben sehr früh ein Empfinden dafür gehabt, daß ein kleiner Staat am Rande Europas Verbindung anknüpfen muß mit anderen, wenn er schritthalten soll mit dem, was in der Welt geschieht. Sie haben darum nicht nur freundlich den Strom der Deutschen hergeleitet und aufgenommen, sondern auch Deutschen und Dänen den Besuch der Fremde empfohlen und durch ein großzügiges Stipendienwesen möglich gemacht. Baggesen, Oehlenschläger, Ørsted, Grundtvig, Hebbel, alle haben sich daran entwickeln können. Auch Barthold Niebuhr kam wie sein Vater in den Genuß dieser fürsorglichen Einrichtung. Im Jahre 1797 gewährte man ihm ein Stipendium für einen Studienaufenthalt in England und Schottland.

Auf den Rat des Vaters ging er zunächst drei Monate nach London und dann nach Edinburgh, wo er Mathematik, Physik und Land- und Forstwirtschaft studierte. Dabei blieb er nicht in den Hörsälen, sondern sah sich eifrig im Lande um und wurde sich zum ersten Male des Unterschieds zwischen den Völkern bewußt. Er sah „den Engländer“ und fühlte sich als „Deutscher“. Zum ersten Male sprach er von „wir“ als Nation.

Ein Brief vom 15. Dezember 1799 an seine damalige Braut, Amalie Behrens, Schwester der Dora Hensler, ist für diesen Stand seiner Entwicklung bezeichnend: „Deutschland wird mir als Provinz der Gelehrten im Auslande lieber, obgleich ich bei jedem Schritt daran erinnert werde, wie tief wir als Nation schlafen. Die unmittelbare Kenntnis der englischen Literatur gibt mir die vollkommene Überzeugung, daß wir in dem gegenwärtigen Zeitpunkte fast in jedem Bezirk derselben einen entschiedenen Vorzug fordern dürfen, und dieser Vorzug wird von vielen, selbst von den älteren Gelehrten, freimütig eingestanden. Freilich herrschen hier auch sehr sonderbare Vorurteile gegen unser Vaterland. Uns fehlt nur, daß wir nicht so tätig sind, nicht so beobachten und zur rechten Zeit unternehmen, um uns, soweit es geht, mit diesen Briten zu messen. Zur Erweckung eines solchen Geistes möchte ich gerne wirken, und der Plan, alle meine Freunde hierfür zu gewinnen, hat mir schon angenehme Träume gegeben.“

Ende des Jahres war er auf der Heimfahrt und schrieb aus London: „Mir ist immer noch das Gefühl lebendig, daß der lange Aufenthalt unter einer fremden, von der unseren so verschiedenen Nation eine außerordentliche Veränderung, die sich tiefer als auf das bloße Ansehen erstreckt, in mir hervorgebracht hat.“

Im Umgang mit den anderen war ihm das Bewußtsein erwacht, daß er einer Nation angehört. Wenn dies Bewußtsein auch im wesentlichen aus Erkenntniselementen bestand, gesellten sich ihm doch gleich Gefühlsmomente und Willensimpulse hinzu. Unterwertigkeit auf der einen Seite und Überlegenheit auf der anderen bewirkten in seiner Seele Fremdheitskomplexe gegenüber den Menschen des Landes, das er verließ, und ein Gefühl der Verbundenheit mit denen, die er nun als *seine* Nation bezeichnete. Aber wer waren die?

Bei diesem ersten Auftauchen eines Nationalgefühls in ihm verlautet nichts über einen Unterschied zwischen Deutsch und Dänisch. Die beiden Völker erschienen vielmehr als Einheit unter der gemeinsamen Bezeichnung deutsch, wie vorher schon bei Herder.

Deutsch oder dänisch?

Bald nach seiner Heimkehr verheiratete er sich und zog mit seiner jungen Frau nach Kopenhagen. Sie bezogen wieder Wohnung im Hause Schimmelmann, und durch dessen Verwendung wurde er zunächst Assessor und dann Direktor in der Ostindischen Kompanie. Die neue Stellung brachte es mit sich, daß er mehr als beim ersten Aufenthalt mit der Bevölkerung der Hauptstadt in Berührung kam.

„Rechnungen sind meine Hauptbeschäftigung“, schrieb er seinem Freunde Moltke, Nütschau, „Kaufleute, Juden und Mäkler mein Umgang ... So ist es mein Ehrgeiz, mit den Juden um die Wette Vorteile und Kniffe zu berechnen ... Du sollst nicht glauben,

mit welcher Achtung mich die Juden betrachten und es nur nicht begreifen können, daß mir am Geld für mich nichts liegt.“

Auch seine junge Frau konnte sich dem Leben der neuen Umwelt nicht entziehen und kam in Kreise hinein, die ihr fremd waren. Sie mußte Dänisch lernen, empfand aber einen solchen Widerwillen gegen die Sprache, daß sie sich nicht entschließen konnte, ihre Kräfte anzustrengen. Er dagegen meinte, sein Hauptgeschäft müsse es sein, des Dänischen vollkommen Meister zu werden, so daß es „ohne eine fremde Teinture“ aus seiner Feder komme. „Male“, das war der Kosenamen seiner Frau, „mag es nicht ertragen, daß ich mir soviel Mühe gebe, und ist besorgt, daß es dem Deutschen zuviel Abbruch tun möge,“ schrieb er seiner Schwägerin. „Ohne Gefahr ist das freilich nicht. Indessen darf ich doch nicht vergessen, daß jetzt die dänische Sprache meine Hauptsprache ist und sein muß.“

Zum ersten Male lesen wir hier von einem bewußten Unterscheiden zwischen Deutsch und Dänisch, spüren die gefühlsmäßige Verbundenheit mit dem Deutschen, das Ressentiment bei seiner Frau und bei ihm die aus der Dienstauffassung erwachsene, Kant verwandte kategorische Verpflichtung zum Dänischen, und wir werden bald erfahren, daß es sich bei dieser Verpflichtung um mehr handelte als um die Sprache.

Dänisch!

Immerhin scheint er den Weg nicht ohne inneren Widerstreit beschritten zu haben. In einem Briefe, den er in dieser Zeit an seinen Freund Moltke schrieb, lesen wir, daß er dies Leben herzlich satt hatte. Aber Pflicht und Wille obsiegten, und langsam glitt er in die ihn umgebende Welt hinein. Seine Frau folgte ihm nicht. Man hatte ihm Möglichkeiten eröffnet, nach Paris oder Konstantinopel zu kommen, um im diplomatischen Dienst Verwendung zu finden. Er nutzte sie nicht. Auch eine Professur in Kiel lehnte er ab, obwohl dadurch ein Traum seiner Jugend in Erfüllung gegangen wäre, und obwohl „wir dadurch,“ wie er schrieb, „nach Holstein, dem teuren Vaterlande meiner Frau, dem auch mir so unvergleichlich teuren, kommen könnten.“ Er unterschied also schon zwischen *seinem* Vaterlande und dem seiner Frau. Dänemark scheint ihm näher gerückt zu sein als Holstein.

Zu unumstrittener Deutlichkeit gelangte diese Entwicklung dann im Laufe des Sommers 1801.

Dänemark hatte im Kriege zwischen Napoleon und England die Freiheit der Meere gefordert und sich der Untersuchung seiner Schiffe auf Konterbande widersetzt. Da erschien am 2. April 1801 der englische Admiral Parker mit seiner Flotte vor Kopenhagen und forderte den Austritt Dänemarks aus dem bewaffneten Neutralitätsbündnis, den es mit Rußland, Preußen und Schweden geschlossen hatte.

Dänemark setzte sich zur Wehr, und es kam vor den Augen der Kopenhagener zur Schlacht auf der Reede. Gegenüber der geschickten Taktik Nelsons, der damals noch Unterführer war, konnten die ungeübten dänischen Mannschaften und die veralteten Strandbatterien sich nicht halten. Aber man kämpfte mit bewunderungswürdiger Tapferkeit, bis der Kronprinz auf ein Waffenstillstandsangebot Nelsons einging und die Schlacht abbrach, bevor sie entschieden war.

Der endliche Ausgang wäre nicht zweifelhaft gewesen. Die Überlegenheit der Feinde war zu deutlich. Das dänische Volk aber, das Zeuge des Heldentums seiner Söhne gewesen war, machte aus dem Unentschieden einen Sieg und war stolz auf das, was es erlebt hatte. Jedermann fühlte sich angesprochen von dem Opfermut der Soldaten und fühlte sich verpflichtet, wenn der Augenblick kommen sollte, es ihnen gleichzutun. „Der Geist der Gemeinschaft erfaßte uns alle und verwischte allen Unterschied zwischen Hoch und Niedrig. Alle kleinlichen Laster der Zeit traten in den Hintergrund. Wohlwollen, Brudersinn und Hilfsbereitschaft drängten sich hervor und schlugen ein Band um uns alle. An diesem Tage wurde ich mehr, als ich je gewesen war: Ich fühlte, daß ich Däne bin.“ So schrieb Oehlenschläger. Was der junge Dichter des jungen Dänemark in jenen Tagen in Vers und Prosa hinausjubelte, war Ausdruck für das, was dann im ganzen Volk zu wachsen begann, und von dieser Welle wurde auch der junge Niebuhr gepackt. „Ehre haben wir eingelegt und Ansehen gewonnen bei Europa, auch ein festes Band für das ganze Reich. Wir konnten alles, was wir hatten, verlieren. Das rechneten wir aber für nichts in solcher Gefahr des Vaterlandes. Wir standen gern, wo wir waren, wir standen ja mitten in unserm braven Volk.“ So schrieb er in jenen Tagen an Dora Hensler, und deutlicher hätte auch ein Vollblutdäne sein Bekenntnis zu Dänemark nicht ablegen können. Freilich meinte er, daß die Haltung der Regierung der der Soldaten nicht entsprochen habe. Die Nachgiebigkeit des Kronprinzen fand er beleidigend. Er hätte selber zu Nelson gehen mögen wie einst Papst Leo zu Attila, um seinem Volke zu nützen.

Ein großes Ereignis hatte vollendet, wofür vielleicht in den Tagen seiner frühesten Kindheit der Grund gelegt worden war, und was das Leben nachher in ihm aufgebaut hatte.

Es darf hier eingeflochten werden, daß das Ereignis nicht auf alle den gleichen Einfluß gehabt hat. Grundtvig, der auch Augenzeuge der Schlacht gewesen war, fand, soweit ich sehe, nur ein paar satirische Verse über das Exerzieren der Studenten, das er selber mitgemacht hatte, und Johann Georg Rist aus Glückstadt, der als Privatsekretär bei Schimmelmann Niebuhrs Nachfolger geworden war und von seinem Fenster aus die Schlacht beobachtet hatte, beschrieb den Hergang mit minutiöser Genauigkeit, war aber in keiner Weise so beeindruckt wie Niebuhr. Für ihn wurde die Schlacht Anlaß,

Kopenhagen zu verlassen, um der Entwicklung der europäischen Politik an anderen Schauplätzen näher zu sein. Er ging als Legationssekretär nach Petersburg und später nach Madrid. Niebuhr aber blieb, und nun erst recht.

Wir hörten schon, daß er gegen die deutsch durchsetzte Hofgesellschaft von Anfang an eine innere Abneigung empfand. Ob er dabei Anschluß gefunden hat an andere Kreise, die, etwa um Guldberg, schon vor 1801 sich gegen den deutschen Einfluß aufgebäumt hatten, erfahren wir nicht, auch nicht, wie er sich gegenüber jener neuen Welle verhielt, die damals als deutsche Romantik über Dänemark hinwegzufluten begann.

Da hatte der Vetter Grundtvigs, Henrik Steffens, für den Winter 1802-03 eine Vortragsreihe angekündigt über die großen Gedanken, denen er während seines Studienaufenthaltes in Deutschland begegnet war. Er hatte gehofft, sich dadurch die Tür aufzumachen zu einem Lehrstuhl an der Kopenhagener Universität. Der Hörsaal war brechend voll, und alle lauschten gespannt auf das, was er über Natur und Geist und Kunst im Sinne Schellings, Schleiermachers und Goethes zu sagen hatte. Die draußen aber nannten ihn „den tyske Doktor“ und höhnten, daß er vorgab, nach einem zweijährigen Aufenthalt in Deutschland nicht mehr dänisch denken zu können. Er mußte zurück nach Deutschland.

Niebuhr berichtet nichts darüber, daß er ihn gehört hat, auch nichts über den Eindruck, den andere von ihm hatten. Später aber nannte er Steffens „einen Windbeutel und Scharlatan, der alle ordentlichen Leute indignierte“. So tief war er inzwischen eingesunken in die Empfindungswelt des nationalen Dänemark.

Antideutsch!

Und diesem Aufgehen in Dänemark ging parallel eine Abwendung von Deutschland. Im Sommer 1803 machte er in Finanzangelegenheiten eine Reise nach dem Süden. Er kam nach Hamburg, Frankfurt und Leipzig und benutzte die Gelegenheit, auch andere sehenswerte Stätten Deutschlands aufzusuchen. Von der Wartburg aus schrieb er an den Grafen Schimmelmann: „Ich glaube wohl, daß die Deutschen vor dem dreißigjährigen Kriege ein edles und achtbares Volk waren. Von da an aber sind sie ausgeartet und so geworden, wie sie jetzt sind – ein Volk, welches nur soviel fühlt, daß es im ganzen wie im einzelnen nichts ist, das alles nachhäft, ohne auch nur das Fremde liebgewinnen zu können ... so herzlich elend, wie ich mir sie vorgestellt habe. Der barbarischste Ort, den wir gesehen haben, ist Quedlinburg. Ich habe es nicht für möglich gehalten, daß es außer in Polen, Ungarn und Böhmen so aussehen könnte ...“

Im Jahre darauf an seinen Freund Moltke: „*Wenigstens war ich voriges Jahr zu meinem eigenen Erstaunen so erzunddeutsch, daß ich beinahe vor Heimweh krank und nicht*

eher zufrieden wurde, als bis wir die Elbe im Rücken hatten. Leben möchte ich nicht unter den Deutschen.“

Selbst wenn wir Heutigen das vom Heimweh nach dem Land nördlich der Elbe ihm nachfühlen können, müssen wir sagen, daß deutlicher die Absage an Deutschland nicht ausgesprochen werden konnte. Trotz allem haben wir den Eindruck, daß nicht alle Fäden zu dem Vaterlande seiner Kultur abgerissen waren.

Trotzdem im preußischen Dienst!

Niebuhr war eine empfindliche, ehrgeizige und innerlich wohl auch nie voll ausgeglichene Natur. Er meinte nirgends wohnen zu können, wo er nicht auch im politischen Leben eine Rolle spielen konnte.

Nun fühlte er sich bei einer Beförderung übergangen, auch gefiel ihm das autoritäre Regime des Kronprinzen nicht, der seine Ratschläge zur Sanierung der trostlosen Finanzen wohl anhörte, aber nicht durchführen ließ. Dazu fand er sich mit Kleinarbeit überlastet, so daß ihm das Leben insgesamt unleidlich wurde. Wieweit darauf der andere nationale Sinn seiner Frau einen Einfluß gehabt hat, hören wir nicht. Auf jeden Fall befand er sich im Sommer 1806 auf einem Tiefpunkt seines Befindens, der seine Stimmung schwer verdüsterte.

Da kam über seine Freunde in Eutin eine Andeutung, daß er vielleicht in preußische Dienste kommen könne. Zunächst wich er einer entscheidenden Antwort aus, weil er trotz allem seinem Vaterlande nicht entfliehen wollte. Schimmelmann riet jedoch zu, und als der preußische Kriegsrat Wißmann im Auftrage Steins (damals preußischer Finanzminister) ihm das offizielle Angebot überbrachte, nahm er an. „Aber ich kann es nur tun in völligem Frieden mit meinem Vaterlande und mit mir selbst; denn als Beamter tätig sein wider das Vaterland der Geburt ist für einen Mann von Ehre unerträglich. Es ist mir unmöglich, in den Dienst der preußischen Monarchie zu treten ohne die bestimmte Zusage, daß von mir nie irgend eine Nachricht über den Zustand Dänemarks, welche nach der Natur der Sache nur dem Beamten bekannt sein kann, gefordert und ebensowenig mir irgend ein Geschäft befohlen werden sollte, welches dem Interesse meines Vaterlands schädlich, noch weniger aber, welches ihm hostile wäre. Nur ein feierliches Wort, welches der Minister zu garantieren verspräche, könnte mich hierüber beruhigen ... Ich wäre aber zufrieden, wenn sich alles so fügen sollte, daß ich in den Dienst eines neuen Vaterlandes treten kann und Aufnahme finde in ihre achtungswerte Nation.“ So antwortete er.

„In ihre achtungswerte Nation!“ Er fühlte sich also beim Übergang in den preußischen Dienst durchaus als Däne, und wir haben den Eindruck, daß er glaubte, auch im preußischen Dienst Däne bleiben zu können.

Es war damals nicht ungewöhnlich, daß man ein Amt in dem einen Staat gegen eines in einem anderen eintauschte. Gerade Dänemark und Deutschland bieten dafür manche Beispiele. Dennoch hat man sich über den Fall Niebuhr Gedanken gemacht. Der vorhin erwähnte Johann Georg Rist schrieb in seinen Erinnerungen: „Niebuhr ging 1806, von einem verzeihlichen Gefühl höherer Bestimmung getrieben, plötzlich mit glänzenden Aussichten in preußische Dienste. Viele haben es ihm verdacht; ich konnte es nicht; denn ich beurteilte die Lage des Staats wie er. Er hat den kleinen Kitzel schwer gebüßt.“

Schwankungen und Wandlungen

Für Niebuhr begann damit ein Entwicklungsweg voll ungeahnter Abgründe. Im Anfang hin- und hergerissen zwischen Vernunft und Pflicht auf der einen Seite und dem Herzen auf der anderen, trat Dänemark überraschend schnell in den Hintergrund, und Preußen-Deutschland rückte in seinem Bewußtsein vor.

Im September 1806 verließ er Kopenhagen, und am 8. Oktober langte er in Berlin an. Sechs Tage später brach der preußische Staat unter den Schlägen Napoleons bei Jena und Auerstedt zusammen, und Niebuhr mußte, bevor er Wohnung beziehen konnte, sich mit der Regierung auf die Flucht nach Königsberg machen. Er hätte mit seinem dänischen Paß nach Dänemark zurückkehren können und gesteht offen, daß er es bedauerte, in den preußischen Dienst gegangen zu sein. „Aber jetzt mein Amt niederlegen, ehe das Schicksal sich entschieden hat, ist mir eine moralische Unmöglichkeit“, schrieb er an Dora Hensler. Auch war seine vom Vater überkommene und durch die Ereignisse verstärkte Abneigung gegen die Franzosen so groß, daß er es nicht über sich gewinnen konnte, den französischen Kommissar aufzusuchen, um das erforderliche Visum zu bekommen. Er floh mit den andern, wengleich er die Kopfllosigkeit der Regierung scharf kritisierte.

In diesen ersten schweren Wochen aber erlebte er bereits, was seinem nationalen Fühlen eine andere Richtung geben sollte. Inmitten des Zusammenbruchs begegnete er dem einfachen preußischen Volk und in ihm den Tugenden, die er in der Führung vermißte und die ihm 1801 bereits für das dänische Volk das Herz warm gemacht hatten. Da fand er die bewundernswerte Kraft zum Aushalten und Helfen, die Treue, die nicht dem Augenblick erlag, die Einsatzbereitschaft, die nicht nach Lohn und Vorteil fragte, und die Gutmütigkeit, die gelassen Anteil nahm an dem Schicksal des andern, gleichzeitig auch den Franzosenhaß, der ihm ein Erbteil war. „Wir sind unterwegs mit einer Herzlichkeit aufgenommen worden,“ schrieb er wieder seiner Schwägerin, „die Du in unserem Vaterlande wohl fast nirgends finden würdest. Mit einem großen Sinn geleitet, wäre dies Volk der Welt für immer unbezwingbar geblieben.“

Er fing an, die Nation, in deren Dienst er sich stellte, zu bewundern. Aber Dänemark war ihm immer noch sein Vaterland. Das erfahren wir mit unmißverständlicher Deutlichkeit besonders im nächsten Jahre.

Am 26. November 1806 hatte Napoleon von Berlin aus die Kontinentalsperre verfügt und England vom Verkehr mit den von ihm beherrschten Ländern ausgeschlossen. Nach dem Frieden zu Tilsit wurde zwischen ihm und Kaiser Alexander insgeheim vereinbart, daß auch Dänemark und Norwegen gezwungen werden sollten, ihre Häfen den Engländern zu sperren und ihre Flotten an Frankreich auszuliefern. Die englischen Agenten konnten die Nachricht darüber sehr bald nach London bringen, während Dänemark noch lange sich seiner verstärkten Handelsposition glauben zu können. Da erschienen Anfang August englische Flotteneinheiten im Öresund und im Großen Belt, und bevor man in Kopenhagen die wirkliche Absicht dieses Besuches erkannte, war der englische Gesandte beim Kronprinzen in Kiel und verlangte die Auslieferung der dänischen Kriegs- und Handelsflotte, die England in Verwahrung nehmen wolle und zurückgeben würde, wenn der Krieg beendet sei. Der Kronprinz lehnte empört das Ansinnen ab und gab Befehl zur Verteidigung Kopenhagens. Er selbst begab sich nach Jütland, um das Landheer für den Widerstand zu organisieren. Zum Kommandeur der Hauptstadt ernannte er den aus Hannover gekommenen General Peymann, der mit ungeschulten Soldaten und unzulänglichem Verteidigungswerk den Kampf gegen eine vielfache Übermacht aufnahm und Aushalten bis zum Letzten befahl. Die Engländer waren ungehindert bei Vedbek an Land gegangen und standen dicht vor den Kopenhagener Seen. Am 2. September begannen sie das Bombardement und setzten es drei Tage und drei Nächte fort, bis endlich die Bevölkerung und das Militär von der Nutzlosigkeit des Widerstandes überzeugt waren und kapitulierten. Am 20. Oktober verließen die Engländer Dänemark und führten 17 dänische Linienschiffe, 17 Fregatten und eine Unmenge kleinerer Fahrzeuge mit sich fort. Dänemarks machtvolle Stellung zur See war damit zu Ende. Es hat seine Schiffe nicht wiederbekommen.

Niebuhr saß in diesen Wochen in Memel. Nach der Auflösung der Regierung hatte er den König mehrfach um seine Entlassung gebeten. Stein hatte sich durch seinen Freimut die Ungnade des Königs zugezogen und war gegangen. Den andern fühlte Niebuhr sich nicht verpflichtet. Hardenberg aber wollte ihn behalten und berichtete dem König: „Der Geheime Rat Niebuhr ist ein Mann von der seltensten und ausgebreitetsten Gelehrsamkeit, von sehr gründlicher Kenntnis des Handels und der Geldpartien. Er gehört zu den reinsten und edelsten Menschen in jeder Beziehung. Was er übernimmt, kann man ihm im vollsten Vertrauen übergeben. Belohnungen müssen ihm aufgedrungen werden.“

Niebuhr blieb, zumal Stein im Juli wiedergeholt wurde und das Staatsministerium übernahm. Auf die inzwischen eingegangenen freundlichen Aufforderungen zur Rückkehr nach Kopenhagen ging er nicht ein. Auch die Nachricht von dem schrecklichen Unglück seines Landes vermochte seinen Entschluß nicht rückgängig zu machen. Aber sie traf ihn hier vielleicht schwerer, als wenn er bei seinen Landsleuten gewesen wäre. An Dora Hensler schrieb er am 16. Oktober: „Das schreckliche Unglück Dänemarks hat diese Stimmung der Kraftlosigkeit und Erschöpfung in mir vollendet. Meine Seele ist in grenzenlose Traurigkeit versunken, und Bitterkeit nagt in meinem Innersten ... Wir haben das Schicksal Preußens geteilt, ganz empfunden, als wären wir Eingeborene; *mit meinem Schmerz über Dänemark aber stimmt hier kein einziger überein*. Das macht mich wieder fremd von meiner Seite, und es hat mehrere Verhältnisse zerstört, die ich im letzten Winter sehr lebhaft unterhalten habe.“

Und einem seiner englischen Freunde am 4. April 1808: „Die Nachricht vom Leiden meiner Vaterstadt (Kopenhagen) macht mich fast wahnsinnig; so groß war mein Schmerz, denen fluchen zu müssen, die ich vor allen anderen Nationen schätzte. Ich bin völlig in Verzweiflung, mein schmachvoll behandeltes Vaterland zu rächen. Eine Rostnarbe wird auf dieser Liebe zu England wegen des Überfalls auf Kopenhagen ewig sitzen bleiben.“

„Aber trotz meines Heimwehs“, schrieb er am 2. Februar 1808, also schon zwei Monate früher, „kann weder mein Herz noch meine Schwäche mich verführen, von Preußen abzutreten.“

Es ist nicht leicht, sich zwei Nationen verbunden zu fühlen.

Fertigung

Ein längerer Aufenthalt in Holland scheint die quälende Situation gelindert zu haben. Er bekam den Auftrag, für Preußen dort eine Anleihe unterzubringen. Wegen des Widerstandes der Franzosen zogen die Verhandlungen sich in die Länge. Er war zu leerem Abwarten verurteilt und nutzte die Zeit, um sich die holländische Sprache anzueignen und um das holländische Volk kennenzulernen. Der Blick für die „Anderen“ war ihm schon in England und Preußen geschult worden, und er fand schnell das Wesentliche. Er gewann Achtung vor der Redlichkeit, Rührigkeit und Sparsamkeit des Volkes; aber er vermisse die Schwung, die Regsamkeit des Geistes und die Wärme des Gefühls. Ihm fiel auch der Mangel an Interessen für die „Alten“ auf, mit denen kein Volk so vertraut sei wie das deutsche.

Griechen und Römer waren jener Generation die fernen Vorbilder vollkommenen Menschentums, die Deutschen das Volk, das die Fahne des neuen Humanismus vorantrug, und Niebuhr, der, wie wir anfangs hörten, von Kindesbeinen an in der Welt

der Antike lebte, war stolz, in der streitenden Vorschau zu stehen. Er war stolz auf die Zugehörigkeit zur deutschen Kultur.

Aber dieses deutsche Kulturbewußtsein sollte bald auch das Politische in sich schließen.

*

Es rückte das Jahr 1809 heran. Preußen lag geknebelt, entwaffnet und verstümmelt am Boden. Mit ausgeklügelter Grausamkeit suchte der Eroberer aus dem Lande herauszupressen, was an Kontributionen, Verpflegungsgeldern und Lieferungen herauszupressen war. Den Eroberern passen sich aber in der Regel die weniger aktiven Kräfte an, die anderen ballen sich zusammen und warten auf den Tag der Befreiung. Manchem geht die Geduld aus, und er schlägt zu, ohne die Stunde abzuwarten. Als Napoleon den Krieg mit Österreich begann, wagten es Schill und Dörnberg und der Herzog von Braunschweig – und scheiterten. Schill wurde in Stralsund von holländischen und dänischen Soldaten gestellt und getötet, die anderen beiden entkamen nach England. Auch den tapferen Tirolern gelang der Aufstand nicht. Er wurde erstickt und Andreas Hofer in Mantua erschossen. Den Sehenden aber waren diese Ereignisse Zeichen einer neuen Zeit.

Niebuhr war wieder im Ministerium in Berlin, umgeben von Beauftragten der Besatzungsarmee, und beschäftigt mit einer erträglichen Ordnung der furchtbar zerrütteten Finanzen Preußens. Sein Herz aber litt mit dem leidenden Volk und hegte die Hoffnungen und Ängste aller. „Ist Schill ein Abenteurer oder ein großer Mann? Auf jeden Fall ist er glücklich, auch wenn er fällt. Das ist das erste Neue und Unerhörte, was seit vielen Jahren geschah. Die Auflösung der bürgerlichen Bande und Formen ist vollendet. Da beginnt nun die völlige Zerstörung oder neues Leben.“ So denkt er während eines Urlaubs in Meldorf im Mai 1809.

Niebuhr hatte eine Neigung, alles Geschehen etwas dramatisch zu sehen. Er spürte schon, ehe sie ausgebrochen war, daß die Erhebung Preußens mehr sein würde als nur ein Abschütteln des napoleonischen Jochs. Er bewunderte den Mut aller, die für die Freiheit einzutreten wagten, und hob die Tat der Tiroler in höchstes Heldentum hinauf: „Was sind Näfels und Morgarten, was Maraton und Platää gegen Lueg, Landeck und Innsbruck?“

Die Geschichtsschreibung hat ihm diese Parallelen nicht abgenommen. Die Lage war solchen Ausbrüchen nicht günstig, und die anderen mahnten zur Besonnenheit. Stein hatte wegen einer Unvorsichtigkeit gegenüber Napoleon gehen müssen. Hardenberg war an seine Stelle getreten, und Niebuhr, der seine Abneigung gegen diesen vielgewandten Mann nie hatte unterdrücken können, bat den König um andere Verwendung. Nach langem Bemühen wurde er zum Historiographen am preußischen Hof und zum Mitglied der neugegründeten Akademie der Wissenschaften ernannt,

gleichzeitig mit Vorlesungen an der Universität beauftragt. Damit erfüllte sich der seit früher Jugend gehegte Wunsch, den er sich einst für Kiel aus unersichtlichen Gründen versagt hatte. In emsiger Liebhaberarbeit hatte er neben seiner angespannten Amtstätigkeit die Schriften der Alten studiert und gesichtet und sich ein Bild der Welt geschaffen, in der sie gelebt hatten. Seine neuartigen Erkenntnisse verdichteten sich nun zu den Vorträgen, die er im Winter 1811 bis 1812 einem auserlesenen Publikum halten durfte. Unter seinen Hörern fand er Schleiermacher, Savigny, Nicolovius und alle die anderen heute in den Hintergrund getretenen Männer, deren Namen mit der preußischen Wiedergeburt verbunden sind. Was seine „Römische Geschichte“ auszeichnete, war die Bezogenheit der mit kritischem Blicke herausgehobenen Tatsachen auf den Geist der Zeit. Die heimatliche Bekanntheit mit den Verhältnissen der untergegangenen, aber im Bewußtsein der Bevölkerung lebendigen Dithmarscher Bauernrepublik und die Anschauung des bodengewachsenen Lebens des englischen Volks verdeutlichten ihm die römischen Ackergesetze zum Kern- und Ausgangspunkt der römischen Staatsentwicklung, die ihm durch den Geist des Volks bestimmt erschien und die immer aufs neue neuen Verhältnissen sich anzupassen vermochte. So anschaulich legte er diese Verhältnisse dar, daß die Hörer den Eindruck hatten, es handle sich um Begebenheiten der Gegenwart. Es war wohl umgekehrt: Die Ereignisse der Gegenwart waren die Auffangwelt, die von Niebuhrs glänzenden Darstellungen durchleuchtet wurden.

„Es war eine sehr schöne Zeit, die der Eröffnung der Universität Berlin“, schreibt er fünfzehn Jahre später in dem Vorwort zur zweiten Auflage seiner Vorlesungen. „Die Begeisterung und Seligkeit, worin die Monden damals flossen ... machen das Leben eines Mannes bei manchen trüben Erfahrungen zu einem glücklichen.“

*

In der Verlorenheit gegenüber seiner neuen Aufgabe und im Umgang mit den ersten Männern der preußischen Nation rückte die Vergangenheit immer ferner, und wo Niebuhr nun an Dänemark dachte, begann schon die Kritik, nicht nur an der Regierung, sondern auch am dänischen Volk. Daß es sich zum Büttel an Schill hatte herbeilassen können, hat er ihm nie vergessen. Aber auch anderes war ihm inzwischen aufgefallen: „Ist Dir aufgegangen“, schrieb er am 18. Mai 1811 an seine Freundin in Kopenhagen, „daß dort wenig reges Leben ist, oder falsches? Daß man dort nicht sicher auf seiner Meinung steht? Daß man dort noch wenig vorwärts kommt? ... In Kopenhagen ist der Gelehrte nicht selbständig, er achtet sich und seinen Stand nicht genug. Er ist in die Gesellschaft anderer zu sehr eingerückt und assimiliert sich ihnen in ihrer Denkart. Zur Poesie haben die Dänen gewiß Talent, wenn ihnen nur ein klarer, tiefer Blick weniger fehlte, ohne den Phantasie nie lauter und groß, nie frei von Manier schaffen kann.“

Deutlicher wurde dieser Abstand im folgenden Jahre, wo er am 7. August 1812 wieder an die Hensler schrieb: „Wir haben quälende Besorgnisse, daß Euer geliebtes Land überfallen werden könnte.“

Wir vermerken hier weniger die Besorgnisse um das Land, als daß er von Dänemark nicht mehr als von *seinem* geliebten Vaterlande sprach.

Die Wandlung vollendete sich vollends, als nun der Sturm der preußischen Erhebung übers Land fegte. Wie einst in Kopenhagen wurde Niebuhr auch hier von den Ereignissen mitgerissen. Sein für das Volksempfinden immer offenes Herz erlebte nun für Preußen dasselbe, wie nach der Schlacht auf der Kopenhagener Reede für Dänemark. Wieder waren es die Soldaten, die ihm als Vertreter der Nation erschienen. Anfang März 1813 zogen die aus Rußland heimkehrenden preußischen Truppen des General York in Berlin ein. Wir lesen: „Prächtig war dieser Einzug unserer Corps. In keiner anderen Armee ist gewiß der Soldat so Gentleman wie bei uns. Die heftige Lebendigkeit, welche sich augenblicklich in die höchste Ordnung auflöste, erregte eine Zuversicht und eine Bewunderung, *bei der das solange erstorbene Gefühl, einer Nation anzugehören, so stark wieder erwachte, als nur die Sorglosesten von 1806 es wünschen konnten.* Mit diesen Kräften, welche der einmütige Enthusiasmus der Nation ins Unendliche vermehren kann, darf man am Erfolg nicht zweifeln ... Nirgends hielten sich unsere Soldaten auf. Das Beutemachen ist dem preußischen Soldaten so gleichgültig, wie es uns nur sein kann. Vortrefflichere Menschen sah ich nirgends. O was fehlt uns doch in den höheren Ständen, daß wir vom Umgang mit diesen reinen Menschen abgeschnitten sind ... Gott weiß, was Deutschlands Schicksal ist und das unsere ... (Aber) *ich fühle immer mehr, daß ich nicht außerhalb Deutschlands leben möchte.*“

Erinnern wir uns noch, daß er 1804 seinem Freunde Moltke von der Wartburg aus geschrieben hatte: „Leben möchte ich nicht unter den Deutschen!“ und an Dora Hensler noch 1809: „Ich kann an keinem, anderen Orte mich heimisch fühlen als in dem Vaterlande meiner Jugend.“?

Jetzt war er Preuße geworden. „*Ich trug früher eine Leere im Herzen, weil mir ein Vaterland fehlte, und das habe ich in Preußen gefunden*“, so am 9. Oktober an den befreundeten Kronprinzen Friedrich Wilhelm.

Preußen, Deutschland, Dänemark und Schleswig-Holstein

Weitere Zeugnisse für den Wandel seines Nationalgefühls benötigen wir nicht; aber es lohnt sich eine kurze Betrachtung der Weiterungen, die diese Wandlung für die Empfindungen mit sich brachte, die einst seine Seele gegenüber seinem Vaterlande Dänemark erfüllt hatten.

Am 7. November 1812 schrieb er noch dem dänischen Entdecker des Elektromagnetismus, H. C. Ørsted, den er gerne für die Berliner Universität gewonnen hätte, von dem gemeinsamen Vaterland Dänemark. Vier Monate später an den Hamburger Verleger Perthes: „Die Dänen haben doch wieder infam gehandelt. Ich hätte am meisten Lust, Holstein zu befreien.“ Woran er bei dieser Infamie dachte, geht aus dem Brief nicht hervor. Sicher hatte er die Schergentat an Schill nicht vergessen. Vielleicht hatte ihm auch die dänische Finanzwirtschaft, die 1813 zum Staatsbankrott führte, und durch die die Herzogtümer sich besonders hart getroffen fühlten, die harten Worte entlockt. Wahrscheinlich aber dachte er an die Haltung Dänemarks in der europäischen Verteidigungsfrage, in der es zwischen Napoleon und den Alliierten hin und her schwankte, sich gegen abzutretende Teile Norwegens an Hamburg und Lübeck schadlos zu halten suchte, und als der Schacher nicht zustandekommen wollte, sich doch wieder auf Napoleons Seite stellte. Der geraden Natur Niebuhrs war solcher Handel im Innersten zuwider, und seinen Gefühlen für Dänemark wird dadurch ein schwerer Schlag versetzt worden sein. In kühler Feststellung verkündete er denn auch bald darauf, daß sich „ein Sturm zu erheben scheint, der das morsche Schiff Dänemarks zertrümmern wird.“ Bevor noch die Entscheidung gefallen war, schrieb er an Nicolovius, seinen Freund im preußischen Kultusministerium: „Dänemark büßt, und Dänemark kann die Vollendung der Buße nicht abwenden. Ich wollte nur, daß Holstein wahren Segen von vorübergehenden Leiden einernte und daß *Deutsche zu Deutschen* kämen.“ So war er schon in den Feuersturm geraten, den Ernst Moritz Arndt entfacht hatte, der alles an sich riß, was deutsche Sprache sprach. Niebuhr schrieb am 7. Dezember 1813 aus Prag an Dora Hensler: „Das Alte, was man ehren mußte, wird allem Anschein nach auseinanderfallen.“ Er dachte dabei wohl an den bunten österreichischen Nationalitätenstaat. „Möge denn zusammenkommen, was zusammengehört: Deutsche zu Deutschen. Ein lebendiges politisches Band hat Holstein immer gefehlt, es könnte es bekommen.“ Und zwei Tage später an Perthes: „Mein armes, armes Holstein! Es ist keines Deutschen Feind, muß aber nun darum leiden, weil es an Dänemark gekettet ist.“ Und bald sprach er offen aus, daß er „mehr als stillschweigend gewünscht hat, daß die Herzogtümer, soweit sie von Deutschen bewohnt werden, preußisch, und wenn das nicht zu erlangen sei, hannoversch werden möchten.“ So glitt er hinein in einen Gegensatz zu Dänemark, dem Vaterland seiner Geburt, der nicht mehr auszugleichen war.

Niebuhr, in Dänemark geboren und aufgewachsen, als das Gefüge des Gesamtstaats noch unerschütterter dastand, dessen Segnungen der Vater als Glück seines Lebens empfunden hatte, ist vielleicht der erste gewesen, der diesen Staat unter den zersetzenden Ideen der neuen Zeit auseinanderfallen sah und, wenn auch nur mit

Vorsicht, am Stürzen mitzuhelfen bereit war.

*

Dahlmann hatte am 7. Juli 1815 bei der Waterloofeier der Kieler Universität die Festrede gehalten und darin Anspielungen gemacht, daß nicht nur Holstein, sondern auch Schleswig durch Holstein zu diesem Bunde gehöre. Er hatte starken Beifall gefunden, aber die schleswigschen Studenten hatten mit den Zähnen geknirscht und gelacht. Niebuhr begrüßte die Rede wohl, aber er möchte, daß Dahlmann in seinen Wendungen vorsichtiger sei und den lebhaften Beifall, der ihm geworden war, nicht als Aufforderung ansehe, mit gleicher Kühnheit fortzufahren.

Wir haben in unseren Zeiten mehr als einmal erlebt, daß Menschen, die ihre nationale Gesinnung wechselten, zu fanatischen Verleugnern ihrer Vergangenheit wurden, und durch Schmähungen des Volks, dem sie sich bisher zurechneten, die Glaubwürdigkeit ihrer Wandlung scheinbar erhärten wollten. Nicht so Niebuhr. Er war im Herbst 1814 in seiner holsteinischen Heimat gewesen und hatte erfahren, daß Gerüchte umgingen, er habe in dem von ihm gegründeten „Preußischen Korrespondenten“ antidänische Ansichten vertreten. Niebuhr verwahrte sich dagegen und wies darauf hin, daß die betreffenden Artikel nicht von ihm seien und daß er die abfälligen Bemerkungen mißbillige. Im Anschluß daran rechtfertigte er sich und seinen Entwicklungsgang im „Hamburgischen Korrespondenten“, der im Norden mehr gelesen wurde als der Preußische, mit folgenden, im ersten Satz nicht ganz klaren Worten: „Jeder freie Mann kann ohne Vorwurf von den verschiedenen Staaten eines Volkes sich einen anderen wählen als den, wo er geboren ist. So habe ich gewählt und segne die Fügung, der ich das stolze Glück verdanke, ein Preuße zu sein. Aber die Gefühle für das Vaterland der Geburt können nur in einem verwilderten Gemüte verschwinden. Wer unverdorben ist, wird an das Vaterland, von dem er sich trennte, mit nicht geringerer Liebe denken als der Einheimische. Er wird mit noch tieferer Wehmut Leiden, Kränkungen und Demütigungen mitempfinden, die ihn persönlich nicht treffen.“

Bei aller Kritik, die er am dänischen Volk und Staat übte, bei aller Entschiedenheit, mit der er sich dem Vaterlande seiner Wahl zuwandte, hütete er sich doch in Achtung vor sich selber vor jeder Verletzung der Gefühle seiner Volksgenossen von einst.

Er hatte sich vom nationalen Aufbruch seiner Zeit tragen und in seiner Entscheidung bestimmen lassen; der Adel seiner Natur aber wurde davon nicht berührt; Wahrheit, Recht und Mitgefühl gingen ihm über das Nationale.

Un damit stehen wir am Drehpunkt des von seiner Zeit eingeleiteten nationalen Jahrhunderts.

Das Nationale im Dienst des Sittlichen

Ohne Frage ist die Kristallisierung der französischen Nation von der „levée en masse“ ausgegangen, die Carnot im Frühjahr 1793 zum Schutz der Revolution befahl, und die Deutschlands von der Erhebung des gepeinigten Volks gegen die Franzosen 1813. Die eigentlichen Ursachen mögen bei den einzelnen sehr konkreter Art gewesen sein, ihre letzte verantwortliche Begründung finden aber solche Entscheidungen nie zulänglich in äußeren Vorgängen, sondern in der bewußten Beziehung auf eine sittliche Idee. Und da war für Preußen und die sich ihm anschließenden Stämme dies eine wesentlich, daß die Franzosen ihnen als die Verkörperung des Bösen, als die Büttel erschienen waren, die im großen und im kleinen sich an den unterworfenen Völkern bereicherten und sie bis aufs Blut aussaugten und ausplünderten. Gegen dies Böse lehnte sich das preußische Volk auf. Um Böses zu bekämpfen, muß man aber selbst das Gute wollen. Sittliche Erneuerung war darum die Voraussetzung für die politische Befreiung. Das Volk mußte selbst erst besser werden, wenn es das Joch des Antichrist abschütteln wollte. Das war die Predigt der Propheten der preußischen Erhebung, und ihnen gesellte sich auch Niebuhr zu. „Das ganze Volk muß zu einem Instrument werden im Dienst des Guten. Wir müssen uns einer reineren, kräftigeren Gesamtheit anschließen, um besser zu werden“, schrieb er an General Roeder, und „wir haben schon an moralischem Wert gewonnen. Vor 25 Jahren ... war alles noch Lüge und Wortgeplärr ... man maß das Glück danach, wo wenig Steuern bezahlt wurden und kein Krieg sei. Gott erhalte uns diesen Sinn.“ Im April 1813 gründete er den vorhin schon genannten „Preußischen Korrespondenten“, um der Nation diesen „allererstesten Sinn zu geben“ und zu erhalten. Er glaubte nicht nur an den Erfolg solcher Arbeit, sondern meinte ihn schon zu sehen und fand diese Meinung bestätigt bei einem zweiten längeren Besuch in Holland, wo er die gänzliche Erlöschung des Gemeingeistes bedauerte und nur Krämergeist und Eigennutz herrschen sah; und bei einem Urlaub in seiner Heimat Dithmarschen 1814, wo er den täglichen Verfall der Tugend in Dänemark beklagte und das Streben zu irgendeinem neuen Leben vermißte. Wir begreifen, daß Preußen ihm als das Strahlungsland aller sittlichen Kräfte Mitteleuropas wurde und er zutiefst fühlte, daß Arnst recht hatte, wenn er sagte, „die Preußen sind ein ganz anderes und besseres Volk“. Darum fühlte er auch, daß Preußen einen Beruf habe in Deutschland, und Deutschland in Europa. „Darum müssen Deutsche zu Deutschen kommen. Die Verbindung eines deutschen Volkes mit einer nichtdeutschen Regierung ist etwas Monströses, woraus nichts als Elend und Verderben erwachsen kann.“ So gründlich nahm er im Frühjahr 1814 vom dänischen Gesamtstaat und anderen übervolklichen Verbindungen Abstand, und so eindeutig war er ins nationalistische Denken hineingeglitten, daß er auch in der Erziehung allen ausländischen Einfluß ausgeschaltet wissen wollte: „Es ist ein großes Gut, wenn die

Nationalität eines jungen Menschen nie geirrt wird.“ Vielleicht hat er dabei an seinen eigenen Umweg gedacht.

Eines steht aber fest: Die Nation war ihm, wie Fichte und allen anderen Führern anderer Nationen jener Aufbruchszeit, die von der Natur und der Geschichte gesetzte Ordnung im Dienst des Guten in der Welt. Darum war man ebenso bereit, sich für die Befreiung der griechischen Nation zu opfern und der polnischen wie für die des eigenen Vaterlandes. Niebuhr hat es nicht erlebt, daß die Nationen sich aus dieser dienenden Stellung gegenüber dem göttlichen Recht heraushoben, sich selbst zum Maßstab des Sittlichen aufwarfen und so jene Schreckensperiode der Weltgeschichte heraufbeschworen, deren Abwicklung uns Heutigen aufgegeben ist.

Ausklang

Er hat 1815 noch einmal das Wort ergriffen, um die nationalistische Jugend gegen die Denunziationen der Demagogenverfolgungen in Schutz zu nehmen; dann ging er als preußischer Gesandter am Vatikan nach Rom und lebte fern dem deutschen Geschehen im Schauen und Wahrnehmen der Welt, die ihn von Jugend auf beschäftigt hatte. 1823 kehrte er wohl etwas enttäuscht zurück und lebte still in Bonn seinen römischen Studien und der Gelehrtenarbeit an der Universität.

Am 2. Januar 1831 ist er, 54 Jahre alt, an einer Lungenentzündung gestorben. Acht Tage später folgte ihm seine zweite Frau. Die erste war ihm schon 1815 vorausgegangen.

Alle, die ihn kannten, bezeugen, daß an Gelehrsamkeit und Lauterkeit des Charakters keiner an ihn heranreichte. Er war berühmt, ehe er ein Wort geschrieben hatte; aber „man wußte nicht, wohin er gehörte“. War er Staatsmann oder Gelehrter? Konservativ oder liberal? War er Deutscher oder Däne?

Er war einer jener eigenständigen Naturen, die in vorhandenen Kategorien nicht unterzubringen sind.

Was sein Sohn, Markus Niebuhr, der später Kabinettsrat unter Friedrich Wilhelm IV. wurde, am 1. Oktober 1848 über ihn schrieb, war vielleicht etwas zu summarisch: „Mein Vater, der ein Deutscher gewesen ist in jedem Ding wie wenige, hat jahrelang fast nur dänisch gesprochen und ist der feurigste dänische Patriot gewesen. War das ein Widerspruch? Nein, es war der Beweis, daß beide Völker eins sind.“

Wir wissen, daß die beiden Völker nicht eins sind, sondern als Ordnungsmächte nebeneinander stehen. Aber wenn sie im Sinne Niebuhrs berufen wurden zum Dienst am Guten in dieser Welt, dann steht etwas über ihnen, durch das sie im Nebeneinander verbunden sind.

Nicht das eigene Wohl, sondern das der anderen führte Niebuhr hinein ins dänische

Volk. Nicht der eigene Vorteil, sondern die Not der anderen ließ ihn in Preußen ausharren. Gehorsam gegenüber dem Gebot „Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst“, trug er beide Völker in seinem Herzen bis ans Ende.

*

Es gibt einen Grad der Haltung, wo man sich sozusagen über die Nation erhebt und das Wohl und Wehe der benachbarten Nation wie das eigene empfindet. Dieser Grad der Nation entspricht meiner eigenen Natur

GOETHE

Literatur über Barthold Georg Niebuhr

Lebensnachrichten. Barthold Georg Niebuhr 1776-1831. Aus Briefen desselben und aus Erinnerungen einiger seiner Freunde. Hamburg, Perthes, 1838. Unvollständig und stark ausgerichtet unter dem Einfluß von Dora Hensler.

Die Briefe von Barthold Georg Niebuhr. Herausgegeben von Gerhard und Norwin. Berlin 1926. Zuverlässige Quelle.

Springer: Friedrich Christoph Dahlmann. Leipzig 1870. Hier besonders das Verhältnis zwischen Dahlmann und Niebuhr.

Niebuhr: Über geheime Verbindungen im preußischen Staat und deren Denunziation. Berlin 1815. Für die Beurteilung seines Charakters kennzeichnend.

Niebuhr: Preußens Recht wider den sächsischen Hof. Ebenda. Enthält Grundsätzliches zu seiner nationalen Schau.

Johannes Classen: Barthold Georg Niebuhr. Eine Gedächtnisschrift. Gotha 1876. Bericht aus dem Hause Niebuhrs von dem Erzieher seines Sohns.

Marcus Niebuhr: Nachgelassene Schriften B.G.N. Hamburg 1842.

Der Wortlaut der deutsch-dänischen Minderheitenerklärungen vom 28./29. März 1955

Im folgenden bringen wir den von der Landesregierung in Übereinstimmung mit der Bundesregierung bekanntgegebenen vollen Wortlaut der deutsch-dänischen Minderheitenerklärungen. Der veröffentlichte Text der Verlautbarungen setzt sich zusammen aus dem gemeinsamen, von den beiden Delegationsführern unterzeichneten Protokoll über das Ergebnis der in Kopenhagen und Bonn geführten Verhandlungen und aus den Erklärungen der beiden Regierungen.

*

Gemeinsames Protokoll

- I. Die deutsche Delegation wird der Bundesregierung folgendes bezüglich der dänischen Minderheit vorschlagen:
 1. Die Bundesregierung legt dem Bundestag die als Anlage 1 beigefügte Erklärung über die allgemeinen Rechte der dänischen Minderheit zur Billigung vor.
 2. Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, daß die im Bundeswahlgesetz vom 8. Juli 1953, §9 Abs. 5, zugunsten der nationalen Minderheiten getroffene Regelung in das künftige Bundeswahlrecht übernommen wird.
 3. Die Landesregierung Schleswig-Holstein hat die Bundesregierung davon unterrichtet, daß sie bereit ist:
 - a) darauf hinzuwirken, daß der schleswig-holsteinische Landtag eine Ausnahmebestimmung von der 5-Prozent-Klausel des §3 des schleswig-holsteinischen Landeswahlgesetzes zugunsten der dänischen Minderheit baldmöglichst beschließt;

- b) die Zuschüsse für die Schulen der dänischen Minderheit in Zukunft wieder auf 80 Prozent der laufenden persönlichen und sachlichen Aufwendungen für einen Schüler der öffentlichen Volksschulen im Lande Schleswig-Holstein zu bemessen;
 - c) gemäß Ziffer XI des Erlasses des Landesministers für Volksbildung vom Voraussetzung der Angleichung dieser Schulen an das deutsche Schulwesen 7. März 1950 über die Regelung des Schulwesens der dänischen Minderheit auf Antrag die Errichtung von weiterführenden allgemeinbildenden Schulen der dänischen Minderheit mit der Möglichkeit anerkannter Examina unter der zu gewähren.
4. Die Bundesregierung gibt im Einvernehmen mit der schleswig-holsteinischen Landesregierung der Erwartung Ausdruck, daß alle beteiligten Stellen sich bemühen werden, die Rechte der Minderheiten im Geiste der in Ziff. 1 genannten Erklärung zu achten und zu wahren.
- II. Die dänische Delegation wird der dänischen Regierung folgendes bezüglich der deutschen Minderheit vorschlagen:
- 1. Die dänische Regierung legt dem Folketing die als Anlage 2 beigefügte Erklärung über die allgemeinen Rechte der deutschen Minderheit zur Billigung vor.
 - 2. Die dänische Regierung wird darauf hinwirken, daß §4 des Gesetzes Nr. 412 vom 12. Juli 1946, wie durch Gesetz Nr. 214 vom 7. Juni 1952 geändert, baldmöglichst aufgehoben wird. Die dänische Regierung ist bereit, auf Antrag die Errichtung von weiterführenden allgemeinbildenden Schulen der deutschen Minderheit mit der Möglichkeit anerkannter Examina unter der Voraussetzung der Angleichung dieser Schulen an das dänische Schulwesen zu gewähren.
 - 3. Die dänische Regierung gibt der Erwartung Ausdruck, daß alle beteiligten Stellen sich bemühen werden, die Rechte der Minderheit im Geiste der in Ziffer 1 genannten Erklärung zu achten und zu wahren.

Bonn, den 28. März 1955

gez. Wilhelm Nöldeke
gez. Nils Svenningsen

Erklärung der Bundesregierung

In dem Wunsche, das friedliche Zusammenleben der Bevölkerung beiderseits der deutsch-dänischen Grenze und damit auch die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark allgemein zu fördern und eingedenk der völkerrechtlichen Verpflichtung, welche die Bundesrepublik durch ihre Mitgliedschaft in der Europäischen Konvention für Menschenrechte hinsichtlich der Verpflichtung zur Nichtdiskriminierung nationaler Minderheiten (Art. 14) übernommen hat, erklärt die Regierung der Bundesrepublik Deutschland im Sinne der auch im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland festgelegten Grundsätze, auf welche die schleswig-holsteinische Landesregierung in ihrer Erklärung vom 26. September 1949 Bezug genommen hatte, folgendes:

- I. Die Angehörigen der Minderheit genießen wie alle Staatsbürger die im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 garantierten Rechte:
 1. Das Recht auf die Unverletzlichkeit der persönlichen Freiheit.
 2. Die Gleichheit vor dem Gesetz.
 3. Die Glaubens- und Gewissensfreiheit.
 4. Das Recht der freien Meinungsäußerung und die Pressefreiheit.
 5. Die Versammlungs- und Vereinsfreiheit.
 6. Das Recht, den Beruf und den Arbeitsplatz frei zu wählen.
 7. Die Unverletzlichkeit der Wohnung.
 8. Die freie Gründung der politischen Parteien.
 9. Den gleichen Zugang zu jedem öffentlichen Amt nach eigener Befähigung und fachlicher Leistung. Bei den Beamten, Angestellten und Arbeitern des öffentlichen Dienstes darf zwischen Angehörigen der dänischen Minderheit und anderen Staatsbürgern kein Unterschied gemacht werden.
 10. Das allgemeine, unmittelbare, freie, gleiche und geheime Wahlrecht, das auch für die Landes- und Kommunalwahlen gilt.
 11. Das Recht, bei Verletzung von Rechten durch die öffentliche Gewalt den Schutz der Gerichte anzurufen.
 12. Das Recht auf gleiche Behandlung, nach dem niemand wegen seiner Abstammung, seiner Sprache, seiner Herkunft oder seiner politischen

Anschauung benachteiligt oder bevorzugt werden darf.

II. In Ausführung dieser Rechtsgrundsätze wird hiermit festgestellt:

1. Das Bekenntnis zum dänischen Volkstum und zur dänischen Kultur ist frei und darf von Amts wegen nicht bestritten oder nachgeprüft werden.
2. Angehörige der dänischen Minderheit und ihre Organisationen dürfen am Gebrauch der gewünschten Sprache in Wort und Schrift nicht behindert werden. Der Gebrauch der dänischen Sprache vor den Gerichten und Verwaltungsbehörden bestimmt sich nach den diesbezüglichen gesetzlichen Vorschriften.
3. Bei Unterstützungen und sonstigen Leistungen aus öffentlichen Mitteln, über die im Rahmen des Ermessens entschieden wird, dürfen Angehörige der dänischen Minderheit gegenüber anderen Staatsbürgern nicht unterschiedlich behandelt werden.
4. Das besondere Interesse der dänischen Minderheit, ihre religiösen, kulturellen und fachlichen Verbindungen mit Dänemark zu pflegen, wird anerkannt.

III. Die Bundesregierung gibt zur Kenntnis, daß die Landesregierung Schleswig-Holstein ihr mitgeteilt hat:

1. Da das Verhältniswahlverfahren gemäß der Kommunalgesetzgebung bei der Einsetzung von Ausschüssen in den kommunalen Vertretungskörperschaften Anwendung findet, werden die Vertreter der dänischen Minderheit zur Ausschubarbeit im Verhältnis zu ihrer Anzahl herangezogen.
2. Die Landesregierung empfiehlt, daß die dänische Minderheit im Rahmen der jeweils geltenden Regeln für die Benutzung des Rundfunks angemessen berücksichtigt wird.
3. Bei öffentlichen Bekanntmachungen sollen die Zeitungen der dänischen Minderheit angemessen berücksichtigt werden.
4. Im Lande Schleswig-Holstein können allgemeinbildende Schulen und Volkshochschulen (auch solche mit fachlicher Ausrichtung) sowie Kindergärten von der dänischen Minderheit nach Maßgabe der Gesetze errichtet werden. In Schulen mit dänischer Unterrichtssprache ist ein zureichender Unterricht in deutscher Sprache zu erteilen. Eltern und Erziehungsberechtigte können frei entscheiden, ob ihre Kinder Schulen mit dänischer Unterrichtssprache besuchen sollen.

Bonn, den 29. März 1955

Erklärung der dänischen Regierung

In dem Wunsche, das friedliche Zusammenleben der Bevölkerung beiderseits der dänisch-deutschen Grenze und damit auch die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen dem Königreich Dänemark und der Bundesrepublik allgemein zu fördern und bezugnehmend auf Art. 14 der europäischen Konvention für Menschenrechte, gemäß welchem die durch diese Konvention anerkannten Rechte und Freiheiten sichergestellt werden sollen ohne Diskriminierung bezüglich der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, erklärt die königlich-dänische Regierung zur Bestätigung der für diese Minderheit bereits geltenden Rechtsgrundsätze, die auch in der vom damaligen dänischen Staatsminister Hans Hedtoft als Vertreter der deutschen Minderheit in Nordschleswig am 27. Oktober 1949 abgegebenen Erklärung (dem sogenannten Kopenhagener Vermerk) niedergelegt sind, folgendes:

- I. Nach dänischem Recht, dem Grundgesetz des Königreichs Dänemark vom 5. Juni 1953 und sonstiger Gesetzgebung genießt jeder Staatsbürger und somit auch jeder Angehörige der deutschen Minderheit ohne Rücksicht auf von ihm benutzte Sprache folgende Rechte und Freiheiten:
 1. Das Recht auf die Unverletzlichkeit der persönlichen Freiheit.
 2. Die Gleichheit vor dem Gesetz.
 3. Die Glaubens- und Gewissensfreiheit.
 4. Das Recht der freien Meinungsäußerung und die Pressefreiheit.
 5. Die Versammlungs- und Vereinsfreiheit.
 6. Das Recht, den Beruf und den Arbeitsplatz frei zu wählen.
 7. Die Unverletzlichkeit der Wohnung.
 8. Die freie Gründung der politischen Parteien.
 9. Den gleichen Zugang zu jedem öffentlichen Amt nach seiner Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung, d. h., daß bei den Beamten, Angestellten und Arbeitern des öffentlichen Dienstes zwischen Angehörigen der deutschen Minderheit und anderen Staatsbürgern kein Unterschied gemacht werden darf.
 10. Das allgemeine, unmittelbare, gleiche und geheime Wahlrecht, das auch für die Kommunalwahlen gilt.
 11. Das Recht, den Schutz der Gerichte anzurufen, wenn er sich durch die

öffentliche Gewalt in seinem Recht als verletzt ansieht.

12. Das Recht auf gleiche Behandlung, nach dem niemand wegen seiner Abstammung, seiner Sprache, seiner Herkunft oder seiner politischen Anschauung benachteiligt oder bevorzugt werden darf.

II. In Ausführung dieser Rechtsgrundsätze wird hierdurch festgestellt:

1. Das Bekenntnis zum deutschen Volkstum und zur deutschen Kultur ist frei und darf von Amts wegen nicht bestritten oder nachgeprüft werden.
2. Angehörige der deutschen Minderheit und ihre Organisationen dürfen am Gebrauch der gewünschten Sprache in Wort und Schrift nicht behindert werden. Der Gebrauch der deutschen Sprache vor den Gerichten und Verwaltungsbehörden bestimmt sich nach den diesbezüglichen gesetzlichen Vorschriften.
3. Allgemeinbildende Schulen und Volkshochschulen (auch mit fachlicher Ausrichtung) sowie Kindergärten können von der deutschen Minderheit gemäß dem in Dänemark geltenden Grundsatz der Unterrichtsfreiheit nach Maßgabe der Gesetze errichtet werden.
4. Da das Verhältniswahlrecht gemäß der kommunalen Gesetzgebung bei der Einsetzung von Ausschüssen in den kommunalen Vertretungskörperschaften Anwendung findet, werden die Vertreter der deutschen Minderheit zur Ausschußarbeit im Verhältnis zu ihrer Anzahl herangezogen.
5. Die dänische Regierung empfiehlt, daß die deutsche Minderheit im Rahmen der jeweils geltenden Regeln für die Benutzung des Rundfunks angemessen berücksichtigt wird.
6. Bei Unterstützungen und sonstigen Leistungen aus öffentlichen Mitteln, über die im Rahmen des Ermessens entschieden wird, wird keine unterschiedliche Behandlung der Angehörigen der deutschen Minderheit gegenüber andern Staatsbürgern stattfinden.
7. Bei öffentlichen Bekanntmachungen sollen die Zeitungen der deutschen Minderheit angemessen berücksichtigt werden.
8. Das besondere Interesse der deutschen Minderheit, ihre religiösen, kulturellen und fachlichen Verbindungen mit Deutschland zu pflegen, wird anerkannt.

Bonn, den 29. März 1955

Der 29. März 1955

Am Nachmittag des 29. März unterzeichneten Bundeskanzler Adenauer für die Bundesrepublik und Staatsminister H. G. Hansen für Dänemark jeder eine Erklärung, durch eine freundschaftliche Regelung des Lebens der beiderseitigen Minderheiten des schleswigschen Grenzgebiets gesichert werden soll.

Es ist viel Aufheben davon gemacht worden, nicht nur in der dänischen Presse, sondern auch in der deutschen, und nicht nur im Grenzgebiet, sondern auch am Rhein und in Tirol. Wenn man nüchtern die beiden Erklärungen liest, die fast gleichen Wortlauts sind, und sie mit der bekannten „Kieler Erklärung“ vom 26. September 1949 vergleicht oder mit dem sogenannten „Kopenhagener Protokoll“, in dem seinerzeit Vertreter der deutschen Minderheit nach einer Audienz beim dänischen Staatsminister Hedtoft die Rechte niederlegten, die er als für sie geltend feststellte, fragt man sich eigentlich nach dem Grunde dieses Aufhebens.

Gewiß, der deutschen Minderheit soll demnächst das ihr 1945 genommene Recht zur Errichtung examensberechtigter Mittelschulen und Realklassen wieder zugestanden werden. Und wir wissen, daß die Vorenthaltung dieses Rechts sich bitter ausgewirkt hat, da es eine bedenkliche Abwanderung besten deutschen Nachwuchses auf dänische Schulen zur Folge hatte. Aber inzwischen waren die Dinge doch so geworden, daß weite Kreise Dänemarks auf Abstellung drängten, und über kurz oder lang hätte der in Frage kommende Paragraph 4 des Gesetzes „über die deutschsprachigen Schulen in den südjütischen Landesteilen“ vom 12. Juli 1946 fallen müssen. Die Bonner Erklärungen haben die Entwicklung beschleunigt, und da Zeit in diesem Falle Menschen bedeutet, verstehen und teilen wir vollauf die Befriedigung unserer deutschen Freunde in Nordschleswig.

Wir verstehen weiter ihre Genugtuung darüber, daß der Bundesrepublik in Zukunft gestattet sein soll, den Volksdeutschen Kriegsoptionen in Nordschleswig dieselbe Fürsorge angedeihen zu lassen wie den deutschen Staatsbürgern diesseits der Grenze; aber wir sind überrascht, daß das bisher nicht möglich war, daß dazu die besondere Einwilligung des dänischen Staats erforderlich sein soll, und daß die Betreuung erst durch die Abgabe der Erklärungen gesichert worden ist. – Wir dürfen bei dieser Gelegenheit daran erinnern, daß dem italienischen Parlament zur Zeit ein Gesetzentwurf vorliegt, nach dem der italienische Staat den italienischen Staatsbürgern Südtirols, die im Dienst der deutschen Wehrmacht invalide geworden oder deren Versorger im Kriege gefallen sind, dieselbe Fürsorge angedeihen lassen wird wie denen, die in der italienischen Armee zu

Schaden kamen. – Es ist selbstverständlich, daß eine ähnliche Vorlage zur Zeit und je im dänischen Folketing undenkbar ist, aber es zeigt doch, daß man nicht überall so denkt wie dort. Das wird freilich die Freude der betroffenen Familien, die nun eine geordnete Versorgung erwarten dürfen, nicht beeinträchtigen.

Bitter ist es für die anderen, die durch die Verhandlungen in Kopenhagen und Bonn Hoffnungen geschöpft hatten, daß auch die Frage der „Rechtsabrechnung“ einer Lösung zugeführt werden würde oder eine Milderung erfahren könnte. Sie sind enttäuscht worden.

Als „Rechtsabrechnung“ bezeichnet man das Verfahren, daß der dänische Staat gegen diejenigen dänischen Staatsbürger durchgeführt hat, die der Zusammenarbeit mit der Besatzungsmacht angeklagt worden sind. Es mußte nach rückwirkenden Gesetzen durchgeführt werden, da die dänische Regierung bei der Besetzung und in den darauffolgenden Jahren ihre uneingeschränkte Einwilligung zum Dienst oder Hilfsdienst in der Wehrmacht gab oder zur Zusammenarbeit mit ihr, hin und wieder sogar dazu ermunterte. Die nach der Kapitulation gebildete Regierung wollte aber das Recht zur Kollaboration nicht anerkennen und verurteilte die Betroffenen zu Freiheitsstrafen, zur Rückerstattung von Beträgen, die bei der Wehrmacht verdient worden waren, zu Amtsentsetzungen und zur Entziehung von Pensionen, ordnete die Beschlagnahme der deutschen Privatschulen an und enteignete Grundstücke, die mit deutschen Geldern finanziert worden waren. In der Beurteilung dieser Maßnahmen stehen die Meinungen von Minderheit und Herbergstaat sich erbittert gegenüber. Es ist dadurch aber schweres Unglück über viele deutsche Familien hereingebrochen. Der deutsche Abgeordnete im dänischen Folketing, Hans Schmidt-Oxbüll, hat sich verschiedentlich um Milderung oder Rücknahme der Strafmaßnahmen bemüht, auch wohl von Fall zu Fall etwas erreicht, aber nicht im Grundsätzlichen.

Über diese Dinge lassen sich die Bonner Erklärungen nicht aus, wenn man auch annehmen darf, daß sie bei den Verhandlungen zur Sprache gekommen sind. Die Ressentiments sind noch nicht verflogen, und die Minderheit wird noch weiter daran zu tragen haben, daß sie ein Opfer wurde der Ruchlosigkeit, mit der die Hitlerregierung den zweiten Weltkrieg vom Zaune brach, und der unklaren Haltung, die Dänemark in der Besatzungszeit einnahm.

Trotz allem ist der „Nordschleswiger“, die Zeitung der deutschen Minderheit, im ganzen mit dem Ergebnis der Verhandlungen zufrieden und findet das Erreichte so bedeutend, daß sie neue Entwicklungen im Grenzland sich anbahnen sieht.

Daß die *dänische Minderheit* in Südschleswig die Erklärung des Bundeskanzlers als vollen Erfolg bucht, wird niemanden überraschen. Es ging ihr wesentlich um die Aufhebung der Fünf-Prozent-Klausel, und die wurde, ohne daß man Bedingungen daran knüpfte, erreicht. Daß daneben der Zuschuß für ihre Schulen

wieder auf achtzig Prozent erhöht wurde, mag das Gefühl verstärken, daß sie im Ringen mit der Kieler Regierung Sieger blieb. Im übrigen mögen die Kieler Gelder für sie von geringer Bedeutung sein, da sie scheinbar um Mittel für ihre Arbeit nie verlegen war. Dänemark hat nach allem, was man annehmen darf, den bisherigen Ausfall reichlich ersetzt. Darüber hinaus wird aber leitenden Kreisen der dänischen Minderheit im stillen der Gedanken kommen, daß ihr durch die Erfüllung ihrer beiden Hauptforderungen zwei Hauptschlager für die Propaganda genommen sind und daß die veränderten Tatsachen sich irgendwie auswirken könnten.

Die Stimmung in *Dänemark* darf gewiß nicht allein nach den Pressemeldungen beurteilt werden, die durchweg die beiden Erklärungen mit Genugtuung begrüßten, höchstens verschiedener Meinung sind über das Zugeständnis des Examenrechts an die deutsche Minderheit. Wenn man aber genauer hinhört, ahnt man, daß nicht nur das positiv Errungene Anlaß zur Befriedigung gab, sondern auch der Verlauf und der Ausgang des ganzen Verfahrens.

Wir haben uns bereits in der Umschau des letzten Grenzfriedenshefts mit der Vertretung der nationalen Minderheiten in den Parlamenten Westeuropas beschäftigt und festgestellt, daß zur Zeit die Bundesrepublik der einzige Staat ist, der in seinem Wahlgesetz der nationalen Minderheit eine bevorzugte Sonderstellung einräumt. Die andern alle hüten sich sorgfältig davor, die Angehörigen der Minderheiten von den übrigen Staatsbürgern abzusondern. Solche Haltung als undemokratisch zu bezeichnen, wie etwa Hecker es in dem wertvollen, uns für das Grenzfriedensheft 1954/3 zur Verfügung gestellten Aufsatz versucht, erscheint abwegig. Man müßte dann Staaten wie Belgien, Holland, Luxemburg, die Schweiz und Dänemark als undemokratisch bezeichnen. Richtiger ist es, zu sagen, daß demokratische Haltung, wenn man das heute fast mißbrauchte Wort anwenden will, sich so aber auch anders zeigen kann.

In Dänemark haben wir bei den Verhandlungen über das Wahlgesetz deutlich feststellen können, daß man unter Umgehung einer Ausnahmebestimmung der deutschen Minderheit die Möglichkeit geben wollte, einen Kandidaten in direkter Wahl durchzubringen. Zu dem Zweck bildete man in Nordschleswig sieben Wahlkreise statt vier, fünf oder sechs, wie im übrigen Jütland. Damit waren zur Erlangung eines Mandats in Nordschleswig nur etwa 8 500 Stimmen erforderlich, während die Durchschnittszahl für das ganze Land wohl etwa bei 12 500 liegt. Die Sauberkeit des Urteils erfordert es, anzuerkennen, daß dadurch *der gute Wille* gegenüber der Minderheit deutlich zum Ausdruck kam, selbst wenn nie davon gesprochen wurde.

Wenn in Schleswig-Holstein derselbe gute Wille vorhanden gewesen wäre, hätte man auf noch einfachere Weise für die dänische Minderheit dasselbe erreichen können. Statt die Fünf-Prozent-Klausel aufzuheben, hätte man durch eine kluge Gestaltung der Wahlbezirke in Flensburg der Minderheit eine beinahe sichere

Aussicht eröffnen können, dort ein Mandat in direkter Wahl zu erringen, und damit wäre die ganze Frage ohne Parlamentsverhandlungen auf rein verwaltungsmäßigem Wege gelöst gewesen. Statt dessen versuchte man ihr möglichst große Schwierigkeiten zu machen und verband Flensburg mit Glücksburg zu einem Wahlbezirk. Dazu kam die Blockbildung der deutschen Parteien rechts von der SPD, die eine letzte Chance der Minderheit verderben sollte. In beiden Maßnahmen kam die unverhohlene Absicht zum Ausdruck, die Minderheit aus dem Landtage, in dem sie bisher vier Sitze hatte, hinauszudrängen.

Dieser böse Wille war es, der im letzten Jahre die Atmosphäre zwischen Dänemark und Deutschland verdarb.

Dem Staat stehen viele Mittel zu Gebote, wenn er der Minderheit das Leben schwer machen will. Eines dieser Mittel war in Preußen von jeher die „Wahlgeometrie“. Daß Schleswig-Holstein nun auch auf diesen Trick verfiel, machte, daß der Groll vergangener Zeiten wieder aufs neue gegen Deutschland sich erhob. Und die Aufregung verbreitete sich weit über Dänemarks Grenzen hinaus auch nach Deutschland: Dänemark hatte mit 4,5 Millionen Einwohnern einer Minderheit mit 9 600 Stimmen eine Vertretung im Parlament zugestanden, Schleswig-Holstein *mit kaum 2 Millionen* verwehrte sie einer Minderheit mit mehr als 42 000 Stimmen. Die Empörung ging so weit, daß Leute, die wir für besonnen hielten und zu unserer Tagung in Rendsburg eingeladen hatten, uns antworteten: Solange in Schleswig-Holstein die Minderheit solcher Behandlung ausgesetzt sei, würden sie an keiner Zusammenkunft mit Deutschen teilnehmen. Ja, die Erbitterung scheint bei einem großen Teil der dänischen Volksvertreter so groß gewesen zu sein, daß sie in fast selbstmörderischer Absicht bereit waren, den Beitritt der Bundesrepublik zur Nato zu verhindern und damit die Verteidigung Westeuropas und vor allem die des eigenen Landes aufs äußerste zu gefährden. Aus dieser Perspektive muß betrachtet werden, was dann in Dänemark geschah, auch die Auswirkung der Bonner Erklärung.

Am 19. Oktober des vergangenen Jahres erteilte das dänische Folketing seinem Außenminister den Auftrag, im Ministerrat der Nato in Paris die Klagen Dänemarks über die Behandlung der Minderheit vorzubringen. Offenbar mehr der Not gehorchend als dem eignen Triebe, hat er den Auftrag erfüllt. Der anwesende Bundeskanzler soll ziemlich bestürzt gewesen sein und sich sofort mit Kiel in Verbindung gesetzt haben. Der Stein kam ins Rollen.

Zu allen Zeiten war es unter den Staaten so üblich, daß Meinungsverschiedenheiten, die nicht durch Gewalt oder bedingungslose Kapitulation aus der Welt geschafft werden sollten, in gemeinsamen Besprechungen geklärt und durch Vertrag bereinigt wurden. Genau so reagierte Schleswig-Holstein. Die dänische Öffentlichkeit aber verkündete einmütig, daß sie

sich nie auf einen Kontakt einlassen werde, und die Minderheit lehnte ein Angebot, das ihr Sitz und Stimme in einem interfraktionellen Ausschuß für Minderheiten geben wollte, auch ab, weil sie angeblich fürchtete, es solle ein Dauerersatz sein für die Vertretung im Parlament.

So schien die Sache ausweglos verfahren, und alle mußten sich fragen: Was will Dänemark denn eigentlich? Seit 1920 sind alle Minderheitenangelegenheiten durch Verträge geregelt worden, neuerdings die von Südtirol und Triest, und zwar jeweils unter der Garantie großer Mächte, so daß die Innehaltung als gesichert angesehen werden konnte, wenn Dänemark das nicht wünscht, wie soll man da helfen?

Daß Dänemark mit solchem Vertrag, den es 1850 in London um Schleswig-Holstein eingegangen war, schlechte Erfahrungen gemacht hatte, konnte als Begründung für seine Haltung kaum auf Verständnis rechnen. Genug, wenn die Bundesregierung so gedacht hätte wie die anderen, wäre die Rede H. C. Hansens wahrscheinlich wirkungslos im Raum verhallt, und der Zwang der Verhältnisse hätte trotzdem Dänemark die Zustimmung zur Aufnahme Deutschlands in die Nato abgenötigt.

Nun aber handelte die Bundesregierung nicht so, wie man hätte annehmen können. Sie ließ durch ihren Geschäftsträger in Kopenhagen vorfragen, in welcher Weise man die Angelegenheit zu ordnen gedenke, und es kam zu Vorbesprechungen in Kopenhagen und zur Abgabe der beiden Erklärungen in Bonn. Man kann nicht behaupten, daß diese Art der Regelung sich sonderlich von einem Vertrag unterscheidet. Gewiß kann jeder Partner seine Erklärung rückgängig machen, aber die Wirkung wäre etwa dieselbe, als wenn man einen Vertrag kündigt. Trotzdem durfte Dänemark mit Genugtuung feststellen, daß die von ihm nicht gewollte Form vermieden und die Gefahr einer kleinen Blamage auf hoher Ebene vermieden wurde.

Darüber hinaus haben wir Veranlassung anzunehmen, daß andere in Dänemark noch andern Grund haben, die Beilegung der Sache zu begrüßen. Wir haben schon vorhin darauf hingewiesen, daß die Aufrechterhaltung der Fünfprozent-Klausel auf einige unserer dänischen Freunde sich so auswirkte, daß sie enttäuscht und erbittert die weitere Mitarbeit an der Bereinigung der Grenzverhältnisse ablehnten. Darunter gab es aber solche, die trotz allem die Verbindung mit uns nicht abbrechen mochten, aber solange die Wogen hoch gingen, nicht wagen durften, gegen die öffentliche Meinung anzugehen. Für sie ist der Weg nun wieder frei, und man darf hoffen, daß Begegnung und Aussprache wieder freundlicher und unbefangener werden. Die Freude über die Herzlichkeit und Wärme der Bonner Tage ist echt und wohltuend, und vielleicht knüpfen sich gerade daran die Hoffnungen auf einen neuen Anfang, auch im dänischen Volk. Es hätte die Wirkung der Erklärungen außerordentlich erhöht, wenn aus Kiel ein

freundliches Echo vernehmbar gewesen wäre. Statt dessen läßt die vom Parlament einstimmig gebilligte Erklärung der Landesregierung deutlich spüren, daß man dort die allgemeine Freude nicht mitempfindet.

Durch die allen politischen Weitblicks entbehrende Verdrängung der Minderheit aus dem Parlament war Schleswig-Holstein gegenüber der öffentlichen Meinung in eine Sackgasse geraten und mußte sich freuen, als Dänemark Gelegenheit gab, die Sache auf internationaler Ebene zu bereinigen. Der Vorschlag des Traktats war geschickt und konnte als Zeichen guten Willens gedeutet werden, ebenso der Vorschlag der interfraktionellen Kommission. Daß die gebotene Hand zurückgewiesen wurde, mußte offenbar die Position der Landesregierung stärken. Kein Wunder, daß die Bereitwilligkeit Bonns, Dänemark weiter nachzugeben, bei den Parteien, die die Aufhebung der Fünfprozent-Klausel seinerzeit abgelehnt hatten, eine gewisse Verstimmung hervorrief. Ein Löcken wider den Stachel von Bonn ist für Schleswig-Holstein jedoch nicht ratsam, und so mußte man sich zur Umkehr aus der Sackgasse entschließen und tat es, nicht ohne seine Empfindungen auf eine Weise zum Ausdruck zu bringen, die an keiner Stelle gegen die Wahrheit verstößt, aber doch deutlich das Mißvergnügen spüren läßt. Ungetrübte Freude werden die Erklärungen vom 29. März so an wenig Stellen ausgelöst haben. „Ach, es bleibt doch alles beim Alten“, erklärte einer der neuen Südschleswigdänen, als er unaufgefordert seine Meinung dazu äußerte.

Das dürfte dennoch bezweifelt werden. Wenn man von einem neuen Anfang oder von einem Wendepunkt sprechen will, liegt er sicher nicht in dem, was positiv geändert worden ist, sondern in dem von Bonn rückhaltlos und in Kopenhagen vorsichtig bewiesenen guten Willen zur Behebung anstehender Minderheiten Sorgen.

Dem dänischen Volk muß man beipflichten, wenn es immer wieder betont, daß weder Verträge noch Gesetze eine Sicherheit bieten für eine menschliche und fürsorgliche Ordnung der Minderheitenfragen.

Mehr als auf Verfassungen und Verordnungen kommt es auf die Gesinnung an, von der die Verwaltung getragen wird, die die bestehenden Bestimmungen auf den einzelnen Fall anzuwenden hat.

Die Gesinnung der Verwaltung wiederum ist abhängig von der des Volkes, und da sind zu beiden Seiten der Grenze noch Ressentiments zu überwinden, die erst während des Krieges und nach dem Kriege entstanden sind und die in der heutigen Generation kaum ganz verschwinden werden. In Dänemark brechen Erlebniserinnerungen aus der Besatzungszeit immer noch durch, und in Südschleswig traut man dem Gesinnungswechsel seiner Volksgenossen immer noch nicht. Da helfen weder Erklärungen noch Abkommen, da hilft nur das Leben selber. In der nächsten Generation wird alles schon Geschichte geworden sein. Es wäre schön, wenn dann geschrieben werden könnte: Deutsche und Dänen

lebten seit Urzeiten im schleswigschen Land nebeneinander, oft in Zank und Streit, seit dem 29. März 1955 aber in Frieden und Freundschaft und in edlem Wettbewerb ihrer Schulen und ihrer Kultur.

Detlef Hansen

Man kann nicht die Leute in ihren nationalen Gefühlen verletzen und politisch bekämpfen, und gleichzeitig ihr Vertrauen und ihre Liebe genießen.

Theodor Kaftan

Bonn und Kiel

Wir haben in der Dokumentenanlage zum Grenzfriedensheft 1953, Nr. 2, die „Kieler Erklärung“ vom 26. September 1949 gebracht. Dem vorliegenden Heft fügen wir die Bonner Erklärungen vom 29. März 1955 bei. Es liegt nahe, sie nicht nur nach ihrem Inhalt miteinander zu vergleichen, sondern sie auch nach ihrer formalen Bedeutung einer Betrachtung zu unterziehen.

Der Ausdruck „Erklärung“ als Bezeichnung eines politischen Dokuments ist uns besonders als Kriegserklärung geläufig. Doch kennen wir auch die Achterklärung Napoleons durch die koalitierten Staaten Europas im Jahre 1815, weiter die Unabhängigkeitserklärung Griechenlands aus dem Jahre 1822 und die Belgiens von 1830, und neben anderen Erklärungen auch die Österreichs vom 12. November 1918, durch die es seinen Anschluß an das Deutsche Reich verkündete.

Eine politische Erklärung ist eine einseitige öffentliche, mit besonderem Nachdruck und besonderer Förmlichkeit vorgebrachte Bekanntgabe eines Willens, einer Tatsache oder eines Zustandes. Eine Erklärung kann für andere erfreulich oder bedrohlich sein. Man kann darauf nach eigenem Ermessen reagieren, aber keinen Rechtsanspruch daraus ableiten. Da solche Erklärung allein in das Ermessen des Erklärenden gestellt ist, kann sie auch nur von ihm zurückgenommen werden.

*

Die Kieler Erklärung ist auf Beschluß des Schleswig-Holsteinischen Landtages zustande gekommen, sie kann darum auch nur durch ihn zurückgenommen werden. Solange das nicht geschehen ist, bleibt sie neben denen von Bonn in Kraft. Das ist für die dänische Minderheit in Südschleswig von einiger Bedeutung, da die beiden Erklärungen in ihrem Inhalt trotz weitgehender Übereinstimmung sich durchaus nicht decken.

Vorweg räumt die Bonner Erklärung der Bundesregierung die Hauptstoßsteine, die zwischen Deutschland und Dänemark lagen, aus dem Weg und verspricht die Aufhebung der Sperrklausel für die dänische Minderheit, die Erhöhung des Zuschusses für deren Schulen und überflüssigerweise auch die Zusicherung des Examenrechts, das sie bisher schon hatte, aber nicht in Anspruch nahm.

Im weiteren schließt sich die Erklärung der Bundesregierung eng an die Kieler Erklärung an und zählt wie sie zuerst die allgemeinen Rechte auf, die den Angehörigen der dänischen Minderheit als deutschen Staatsbürgern zustehen, vermeidet aber den Hinweis auf Artikel 3, Absatz 3 des Grundgesetzes, nach dem niemand wegen seiner Abstammung, seiner Sprache, seiner Herkunft oder seiner politischen Anschauung benachteiligt oder bevorzugt werden darf. Vielleicht hat man dabei daran gedacht, daß in dem Artikel die nationale Gesinnung nicht

erwähnt ist, vielleicht auch daran, daß die Aufhebung der Sperrklausel tatsächlich eine Bevorzugung der Minderheitsangehörigen bedeutet.

Im Hauptstück stimmen die beiden Erklärungen wörtlich überein:

„Das Bekenntnis zum dänischen Volkstum und zur dänischen Kultur ist frei. Es darf von Amts wegen nicht bestritten oder nachgeprüft werden.“

Daß die Bonner Erklärung diese beiden Sätze zu einem zusammengezogen und den Punkt und das „Es“ durch „und“ ersetzt hat, dürfte nur aus dem Gefühl größerer Sprachflüssigkeit geschehen sein.

Auch in der weiteren Aufzählung der Rechte, die der dänischen Minderheit zugestanden werden sollen, hält die Bonner Erklärung sich an die von Kiel. Sie teilt sie freilich auf in solche, für die der Bund zuständig sein kann, und solche, bei denen die Zuständigkeit des Landes gegeben ist und die Bundesregierung sich darauf beschränken muß, anzugeben, daß die Landesregierung ihr die Gewährung dieser Rechte mitgeteilt hat.

Bei genauerer Betrachtung ergibt sich aber folgendes:

In Abschnitt II, 6 der Kieler Erklärung hat die Landesregierung den Wunsch zum Ausdruck gebracht, daß dänische Geistliche und Kirchengemeinden nach vorheriger Vereinbarung mit den zuständigen kirchlichen bzw. gemeindlichen Stellen Kirchen, Friedhöfe und ähnliche Einrichtungen unter wahlfreier Verwendung der gewünschten Sprache möchten benutzen können. Die Bonner Erklärung sagt darüber nichts. Die Landeskirche ist auf diesem Gebiet souverän und hat gezeigt, daß sie auch auf Wunsch der Landesregierung nicht bereit ist, von ihrer Souveränität etwas aufzugeben.

In Abschnitt II, 10 gibt die Landesregierung dänischen Staatsbürgern, die im Dienst der Minderheit in Südschleswig wirken, die Zusicherung, daß sie bei Erteilung der Zuzugsgenehmigung und bei der Zuweisung von Wohnraum nicht benachteiligt werden sollen. In der Bonner Erklärung wird darüber nichts gesagt.

In Abschnitt II, 11 verspricht die Landesregierung, daß sie auch da, wo ihre Zuständigkeit nicht gegeben sein sollte, sich für die Billigung und Durchführung von Wünschen der Minderheit im Rahmen der Erklärung einsetzen wird; eine Zusicherung von weittragender Bedeutung, die in der Bonner Erklärung nicht erwähnt wird.

Abschnitt III der Kieler Erklärung, der sich mit dem Verständigungsausschuß befaßt, wurde in die Bonner Erklärung nicht aufgenommen.

Abschnitt IV, der feststellt, daß die in der Erklärung festgestellten Grundsätze auch für die friesische Bevölkerung Schleswig-Holsteins gelten sollen, ist gleichfalls von Bonn nicht übernommen worden.

Schließlich soll besonders auf die Veränderung des Punkts 4 in Abschnitt II der Kieler Erklärung hingewiesen werden, der als Punkt 1 in Abschnitt III der Bonner Erklärung aufgenommen worden ist. Die Abänderung ist so bemerkenswert, daß

sie fast als Charakteristikum für den Wandel des Gefühls gegenüber der Minderheit in den Jahren zwischen 1949 und 1955 angesehen werden kann. Er lautet in der Kieler Erklärung: „Die Landesregierung hält es für selbstverständlich, daß die parlamentarische Gepflogenheit, alle politischen Gruppen in den Vertretungskörpern der Gemeinden, der Ämter, der Kreise und des Landes in angemessener Weise zur Mitarbeit in den Ausschüssen heranzuziehen, *ohne Rücksicht auf die jeweiligen Mehrheitsverhältnisse Anwendung findet.*“

In der Bonner: „Da das Verhältniswahlverfahren gemäß der Kommunalgesetzgebung bei der Einsetzung von Ausschüssen in den kommunalen Vertretungskörperschaften Anwendung findet, werden die Vertreter der dänischen Minderheit zur Ausschubarbeit im Verhältnis zu ihrer Anzahl herangezogen.“

Von einer möglichen *Bevorzugung* der Minderheit ist hier keine Rede, nur von einem Recht.

Wenn man dies alles in Betracht zieht, kann man verstehen, daß die dänische Minderheit Gewicht darauf legt, daß die Kieler Erklärung nicht zurückgezogen wird. Andererseits mag es ihr peinlich sein, daß in der Präambel dieser Erklärung von einem gewissen Gleichgewicht in den Rechten der beiden Minderheiten südlich und nördlich der Grenze die Rede ist.

Wenn das auch nur auf die Behandlung durch die Herbergsstaaten bezogen werden sollte, wollte man in Schleswig-Holstein auch gerne in der Haltung der Minderheiten gegenüber den Herbergsstaaten eine Gleichmäßigkeit hergestellt wissen. Da hat nun die deutsche Minderheit in Nordschleswig bald nach dem Ende des letzten Krieges eine Loyalitätserklärung gegenüber dem dänischen Staat abgeben. Deutschland hatte während des Krieges, auch als es auf der Höhe seiner Macht stand, die Grenze respektiert und erwartete nun von der dänischen Minderheit und ihrem Muttervolk gleiche Erklärungen, bzw. gleiches Verhalten.

Äußerungen in dieser Richtung sind von Dänemark sowohl, wie von der südschleswigschen Minderheit hartnäckig abgelehnt worden.

Wir meinen, daß Deutschland weder auf die eine noch auf die andere Erklärung sonderliches Gewicht legen braucht. Ein erzwungenes Loyalitätsbekenntnis ist wertlos. Wo die Loyalität verletzt wird, wird das Strafgesetz einspringen, und solange der Staat annehmen muß, daß seine Grenze nicht gesichert ist, wird er sich in acht nehmen.

Trotz der freundlichen Einleitungsworte dieser jüngsten Erklärungen sind so letzte Vorbehalte weder auf der einen noch auf der anderen Seite restlos beseitigt worden.

Das kam besonders auch dadurch zum Ausdruck, daß Dänemark eine Anregung, einen zwischenstaatlichen oder zwischenvolklichen Kontaktausschuß einzurichten, um kommenden Schwierigkeiten vorzubeugen, ablehnte.

Wer leben wird, wird sehen.

Verstehen können ist schon viel, noch mehr aber ist, zum gegenseitigen Verständnis beizutragen in einem Grenzland, in dem sich die Völker begegnen – mit ihren oft gegensätzlichen Gefühlen, Empfindungen und geschichtlichen Traditionen.

Prof. Alexander Scharf / Flensburger Tage 1954